

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Sonntags täglich (inkl.).

4. Jahrgang.

Mittwoch, 27. Feber 1924.

Nr. 49.

Der Patriot Ludendorff.

Falls jemand feierlich erklärt, keine Stunde länger leben zu wollen, wenn eine von ihm unternommene Aktion mißlingt, dann aber beim ersten aufsteigenden Pulverwölkchen wie ein Knabe vor dem drohenden Stock des Vaters sich verkrümmt, so hört er, nach Erwählung der Vorsicht, des besseren Teiles der Tapferkeit, recht gründlich auf, als Held zu gelten. Das trifft in besonderem Maße auf den in den Ruhestand versetzten nationalsozialistischen Heros Hitler zu, dessen Anpreisung als Retter Deutschlands heute keinem noch so hungertigen Hund hinter dem Ofen mehr herborlocken würde. Nach einigen mißglückten Versuchen scheinen das auch die deutschgelben Hakenkreuzler einzusehen; sie erkennen, daß sich mit dem Namen Hitlers keine politischen Geschäfte mehr machen lassen, und daß, ihn als Firmenjuch zu verwenden, ebensoviel bedeuten würde, wie den Namen eines Bankrotteurs als Kellame zu benützen. Daher setzen sie ihre Hoffnung auf seinen Mitverbündeten Ludendorff, der zwar jetzt, wie immer, von nichts wissen und nur zufällig zu der Bierkellerrevolution dazugekommen sein will, mit dem sich aber doch noch etwas Staat machen läßt, denn er erzählt eine schöne Geschichte vom aufrechten Gang durch die Feuerlinie, die Hände in den Taschen. Zwar behauptet man von ihm, daß auch er sich nach den ersten Flintenschüssen platt zu Boden warf, aber es läßt sich ihm doch mit der Nachsicht der Wahrheit das Prädikat „der größte Feldherr des Jahrhunderts“ anhängen, und das hat auf die, die nicht alle werden wollen, immerhin einige Anziehungskraft.

Dieser Ludendorff ist nun in dem gestern in München begonnenen Prozeß gegen die Hakenkreuzlerischen Novemberputschisten vor die Schranken des Gerichtes getreten. Damit ist das jedem Hakenkreuzlergehirn schier Unfassliche geschehen. In der Metropole des Bieres und des Hakenkreuzes, wie nicht minder bei unseren Deutschgelben gab es wochenlang vorher nur eine Stimme: der Prozeß gegen Ludendorff ist die größte Schmach des Jahrhunderts und darf unter keinen Umständen stattfinden. Aus den Behlagen, die darob erhoben wurden, ersuhr man, daß die nationalsozialistische Bewegung „das Herz Deutschlands“ sei, und daß, wenn Hitler und Ludendorff eingesperrt werden sollten, in Zukunft niemand „die Fahne der Freiheit hochhalten“ würde. Es wäre eine Schande und ein Hohn für ganz Deutschland, ein Spott für die deutsche Rechtspflege und ein Unglück für das deutsche Volk, wenn sich ein Richter finden würde, der über Ludendorff das „Schuldig!“ zu sprechen wagte. Wie sich doch in hakenkreuzlerischen Köpfen die Welt spiegelt! Und was sie für „Recht“ anjehen! Als Recht erscheint dieser Gattung, jeden mit Mord und Diebstahl, Gift und Gummihüpfel zu „erledigen“, der nicht hakenkreuzlerischer Gesinnung ist, aber eben solches Recht ist ihnen, daß jeder hakenkreuzlerische Gewalttäter, ebenso wie jeder nationalsozialistische Bajazzo über dem Gesetze zu stehen hat, und daß ihm das Gesetz nichts anhaben darf. Dieses ist nur für die Plebejer da, nicht aber für so illustre nationalsozialistischen Götzen, wie General Ludendorff. Die Nationalsozialisten dachten sogar daran, Ludendorff zu befreien, um ihn davor zu bewahren, auf die Anklagebank gesetzt zu werden, aber da sie doch ihr kostbares Blut dabei nicht verspritzen wollten, verspritzten sie wenigstens Tinte und schrieben zahllose Leid- und Klageartikel, die Säumigen zu entflammen, um den „Schlachtenberater“ vor der Anklagebank zu bewahren. So ging ein Aufruhr durch die hakenkreuzlerischen Zeitungen, in der alles mögliche: Hindenburg, die deutschen Offiziere, die Feldsoldaten, die Breuken, die Desterreicher, die Bayern, die Jugend und das deutsche Volk haranguiert werden: „Zwei Jahre lang hat dieser Mann die heranbraulende Flut der Millionenheere des unermesslichen Rufklands von den Gauen Deutschlands ferngehalten!“ Er hat „ferngehalten!“ Er jaß im bombensicheren Hauptquartier, wohl-

Um Sein oder Nichtsein des Reichstages

Der Beginn der großen Reichstagsdebatte.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Im Reichstag begann heute die große politische Aussprache über die von der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Notverordnungen und die dazu eingereichten Abänderungsanträge. Reichsminister Dr. Marx begründete in einer längeren, außerordentlich ruhigen und formell sehr zurückhaltenden Rede die Maßnahmen der Reichsregierung. Er betonte, daß die Regierung ohne weiteres zugebe, daß einzelne Maßnahmen kritisiert werden könnten oder auch abänderungsbedürftig seien. Es komme aber auf die Gesamtwirkung an und diese sei durch die Stabilisierung der Mark erreicht worden. Diese Stabilisierung zu erhalten sei unbedingte Aufgabe der Reichsregierung. Sie könne deswegen eine Aufhebung oder eine wochenlange Diskussion über grundlegende Abänderungen, die das Wirtschaftsleben beunruhigen müßten, nicht zulassen. Die Regierung wende sich deswegen gegen jede Aufhebung grundlegender Verordnungen und gegen die Ueberweisung der Abänderungsanträge an einen Ausschuss. Sie könne höchstens interrationelle Besprechungen zulassen. Für den Fall, daß gegen den Willen der Regierung eine Aufhebung oder Ausdehnung beschlossen würde, müsse die Auflösung des Reichstages erfolgen.

Für die Sozialdemokratie sprach Abgeordneter Genosse Hermann Müller. Er betonte, daß der Sozialdemokratie das Ziel der Stabilisierung mindestens so hoch stehe, wie den bürgerlichen Parteien, die sich erst in allerletzter Stunde dieser sozialdemokratischen Forderung angeschlossen hätten. Eine Nachprüfung der Verordnungen der Regierung sei aber unübermeidlich. Die Sozialdemokratie müsse auf ihr bestehen.

Arbeitsminister Dr. Braun suchte den Nachweis zu führen, daß die Regierung nicht an einen Abbau der Sozialpolitik denke. Die Debatte wurde danach auf Mittwoch vertagt. Ihr Ausgang ist noch vollkommen ungewiß.

Berlin, 26. Feber. (Reichstag.) Die heutige Reichstags-Sitzung wurde um 2.28 Uhr nachm. vom Präsidenten Loebe eröffnet. Man begann mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über den Notetat 1924 in Verbindung mit den Anträgen auf Aufhebung bzw. Änderung einer Reihe von auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen.

geborgen, während hunderttausende deutscher Soldaten in Eis und Schnee, im Schlamm der Schützengräben verbluteten oder zu Krüppeln geschossen wurden! Er schickte hunderttausende Söhne von Müttern und Familienvätern in Tod und Verderben, ohne je auch nur eine Hautabschürfung riskieren zu müssen, dennoch joll gerade er, und nur er, für alle Zeit davor bewahrt sein, gefekwidrige Handlungen verantworten zu müssen. Er, der Millionen vernichtete Menschenleben auf dem Gewissen hat, soll, weil er die Mordtechnik gewissenlos zu handhaben verstand, straflos bleiben, was immer er tut! Welche Verirrung und Verwirrung aller Rechtsbegriffe spricht aus diesen hakenkreuzlerischen Ergüssen!

Die Krönung des Ganzen bildet aber die Stimmungsmache für Ludendorff, zu der sich Hindenburg, angefeuert durch die Hakenkreuzler, verhalten ließ. Auf die Aufforderung, den Prozeß zu verhindern, antwortete er mit einem Schreiben. Er findet darin den tiefen Schmerz, mit dem jeder vaterlandsliebende Deutsche dem Prozesse entgegen sah, „nur zu begreiflich“. Aber „bei ruhiger Ueberlegung“ müsse man sich sagen, daß in einem Staatswesen ein Eingriff in die Rechtspflege unmöglich ist. Ist das für den Herrn Generalfeldmarschall nicht selbstverständlich, und muß er erst „ruhig überlegen“, um darauf zu kommen, daß die Gesetze für alle Staatsbürger gelten? Hindenburg entschuldiget sich erst gewissermaßen, daß er für Ludendorff nicht „eine Ausnahmestellung erwirken helfen“ kann. Aber eine Beeinflussung des Gerichtes wollte er doch nicht vermeiden und so hält er „in trüben

Als Erster ergreift der Reichskanzler das Wort. In der von ihm verlesenen Regierungserklärung sagt der Reichskanzler, daß die Regierung die Kritik an ihren auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergangenen Maßnahmen in keiner Weise scheue und diese nicht beschränken wolle. Sie habe mit Aufbietung aller Kraft unter den augenblicklichen Verhältnissen die mögliche Stabilisierung des Währungsverhältnisses, die Garantierung des Etats für 1924 und die Wiederbelebung der Wirtschaft erstrebt. Die Mark sei seit Mitte November ziemlich auf der gleichen Wertlinie geblieben. Die Besserung könne nicht rasch konstataren gehen, da die Reichsregierung über die Steuern und Zölle im Rhein- und Ruhrgebiete nicht verfüge. Die Wirtschaft erhole sich langsam, aber sichtlich, was besonders aus der geringeren Zahl der Arbeitslosen zu ersehen sei. Das Wirtschaftsleben müsse aber immer noch als unsicher angesehen werden, namentlich solange die Schlagader von Rhein und Ruhr vor fremder Militärgewalt abgedunden ist. Bei Erlassen der verschiedenen Maßnahmen handelte es sich für die Reichsregierung darum, den Zusammenhang des Reiches und die Fortentwicklung der deutschen Politik zu sichern. Sollte man aber nochmals in eine Inflation geraten, dann sei ein jeder weiterer Versuch, die Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos. Dann werde der wirtschaftliche Ruin heraufbrechen, und damit sei das Schicksal des deutschen Volkes besiegelt.

Wir appellieren, sagte der Reichskanzler, in der Reparationsfrage nicht an das Mitleid der anderen Völker, wir appellieren an die Vernunft der Welt und an den gesunden Menschenverstand, der allein den Zusammenbruch Europas verhindern kann. Fast will es mir scheinen, als wenn spät, aber vielleicht nicht zu spät,

die Vernunft auf dem Marsche

ist. Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage. Es ist von uns bei den zahlreichen Lösungsversuchen stets als verhängnisvoll empfunden worden. Es ist überwiegend von der politischen Seite angefaßt worden. Auch andere Staaten, insbesondere unter den Alliierten, leiden an schwerer Verschuldung an das Ausland. Sie wird ihnen indessen nicht

zum Verhängnis, weil hinter ihrem Zahlungsmühenmögen nicht die stets aktionsbereite politisch-militärische Vollstreckung lauert. Keinem anderen Staate droht der militärische Einmarsch oder andere, Wirtschaft und Verkehr droffende Gewaltmaßnahmen.

Bezüglich der von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Notverordnungen spricht der Reichskanzler die Erwartung aus, daß der Reichstag dieselben billigen werde. Wenn eine der seitens der Reichsregierung als unumgänglich bezeichneten Verordnungen durch den Reichstag aufgehoben oder wesentlich verändert würden, würde es schwer fallen, die erzielte Stabilisierung aufrecht zu erhalten.

Die Reichsregierung würde bei der Annahme eines Aufhebungsantrages sich genötigt sehen, bei dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu beantragen. Gleichzeitig fordert der Reichskanzler den Reichstag auf, die bereits gestellten Abänderungsanträge zu den Notverordnungen abzulehnen.

Darauf wurde die Debatte durch den Abg. Müller-Franken eröffnet.

Genosse Müller führte aus: Keine Regierung werde um die Erfüllungspolitik herumkommen. Das besetzte Rheinland darf nicht zu einer Reparationsprovinz gemacht werden, sondern ganz Deutschland muß ihre Last übernehmen. Wir begrüßen es, daß die neue englische Regierung eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen sich bemüht. Die Handhabung des Ausnahmestandes und des Ermächtigungsgesetzes bietet Anlaß zur schärfsten Kritik. Es darf gewissermaßen nicht erlaubt sein, den Beamtenabbau in einem Kbauder Republikaner und Demokraten umzuwandeln. Der jetzt vorgenommene Abbau im Postwesen bedeutet einen unerträglichen Rückschritt in unserer Rechtspflege. Auch sozialpolitische Einrichtungen, während die Truisis und Kartelle immer mächtiger werden, die Regierung sollte endlich das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren.

Wir haben die Verfeinerung der Wahlkreise verlangt, aber dieser Reichstag ist nicht mehr in der Lage, sie durchzuführen, nachdem alle Parteien ihre Vorbereitungen getroffen haben. Die Verlängerung der Legislaturperiode ist in unserer Fraktion nicht diskutiert worden. Wir können dem Reichskanzler nicht folgen, wenn er die einzelnen Verordnungen als unverlethlich erklärt. Wir können auch nicht anerkennen, daß diese Verordnungen ein Ganzes bilden.

Lagen fest an dem Glauben“, es werde sich erweisen, daß Ludendorffs Handlungen „lediglich auf glühende und selbstlose Vaterlandsliebe zurückzuführen sind“. Ei, sich doch! Also Patriotismus! Noch immer haben es die Machtklassen verstanden, das, was ihrem Herrschaftsinteresse frommt, als Patriotismus und als edelste Tugend, die jedem Staatsbürger in Fleisch und Blut übergehen soll, auszugeben. Ludendorff ist der ausgesprochene Repräsentant des Gedankens, die parlamentarische Demokratie auszutilgen und an ihre Stelle die nationalsozialistisch-militärische Diktatur zu setzen. Ludendorffs Pläne gipfelten in der Beseitigung der demokratischen und republikanischen Verfassung, sowie in der Errichtung der Diktatur der Armee. Ein netter Patriotismus, der sich so zu betätigen sucht, aber man muß anerkennen, daß er in der Richtung der Wünsche und Sehnsüchte der nationalen Bourgeoisie und der früheren Nutznießer der gestürzten politischen Oligarchie liegt! Sie hassen die Demokratie und die Republik, die ihre unumschränkte Macht beseitigte, wie die schwarze Pest, darum erklären sie es für „Patriotismus“, an der Wiedererrichtung der alten vom Born des Volkes hinweggefegten Verhältnisse tätig zu sein. Land und Volk waren in schwerster Not, der Feind lauerte an der Grenze und hatte lebenswichtige Teile des Landes besetzt, der Separatismus bedrohte die Einheit des Reiches, der Hunger wütete, doch gerade diesen Zeitpunkt der höchsten Gefahr hatte sich der Hitler-Ludendorffsche Nationalsozialismus ausgejuchet, um loszuschlagen gegen „Berlin“ und um die Republik

zu vernichten. Niemand konnte an der Steigerung der Wirren, welche das Hakenkreuzletum damit im deutschen Lande hervorrief, größere Freude haben, als die Feinde Deutschlands, die auf seine Zerstückelung warteten. Dennoch erklärt Hindenburg, um seinen „lieben Kameraden“ vor der ihn erwartenden Verantwortung zu retten, all sein infames, hochverräterisches Tun für Patriotismus, für „glühendste und edelste Vaterlandsliebe!“ Nicht immer wird so deutlich herausgesagt, was das Volk unter „Vaterlandsliebe“ verstehen soll: mithelfen, den Staat zu einem Herrschaftsinstrument der Besizhenden und ihres Gefolges zu machen! O, sie könnten sich auch eventuell mit der Republik ausöhnen, wenn sie ihnen dienen wollte und sie hätten sogar gegen eine Demokratie, wenn in ihr der Zehnstundentag und volle Ausbeutungsfreiheit herrschen würden, nichts einzuwenden. Sie wollen nur deshalb die Demokratie und die Republik verdrängen, weil diese den Achtstundentag und andere sozialpolitische Errungenschaften der Arbeiterchaft brachten. Daher ist dem nationalen Bürgertum die „höchste Vaterlandsliebe“, mit der Demokratie den Achtstundentag, die Tarifverträge und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu beseitigen, welche edle Aufgabe eben der Ludendorffsche Nationalsozialismus hätte vollziehen sollen. Der Patriot Ludendorff, er vertritt den Eigennutz, die Herrschgier der besizhenden Klassen, es ist der Patriotismus des unerfättlichen Geldsack!

Die zweite Etappe der Schulreform.

Wenn „Gottes Mühlen“, die staatlichen Amtsstellen, überall langsam mahlen, so mahlen sie hierzulande, in der Tschechoslowakei, nicht nur langsam, sondern überdies verkehrt. Anders kann man die Art, auf welche hier die Schulreform bisher betrieben wurde, wirklich nicht charakterisieren, wenn man sich erinnert, daß das Schulministerium vor knapp einem Jahre einen „Organisationsentwurf der Bürger- und Mittelschulen“ herausgab, und daß es erst in den letzten Wochen die Leitsätze über Ziele und Wesen dieser Reform als „Bericht der Arbeitskommission beim Beratungskörper für die Schulreform“ („Mitteilungen des Schulministeriums“, V., 12.) veröffentlichte. Man erwäge: zuerst erhielten wir die Organisationsform, sodann die leere Hülle, hörten etwas über die Art und Gliederung der geplanten Schulen, über die Lehrstoffverteilung, über die Dauer der Schulstunden und sogar über die Dauer der Pausen zwischen den Stunden. Und danach erst beriet die „Arbeitskommission“ monatelang, um für diese Hülle den Inhalt, um für die Form den Kern und Geist zu finden! Anders als bei jedem organischen Wachstum in Natur und Gesellschaft hätte sich also diesmal die Gestalt den Gehalt bilden sollen, dem Geist wurde die unmögliche Aufgabe zugewiesen, sich nach der äußeren Form zu dehnen und so strecken. Dieses peinliche Mißverhältnis dem „Bericht der Arbeitskommission“ nach an allerlei Schönheitsfehlern an. Sonst aber hat sich das Gesetz des organischen Wachstums, daß Kern und Geist stärker sind, als siegreich erwiesen, der Gehalt hat die Form allerorts gesprengt und das Problem der Schulreform in der Tschechoslowakei fängt mit dem „Bericht der Arbeitskommission“ frisch und fröhlich noch mal von vorn an. Die man hinzusetzen darf, durchaus zum Nutzen der Sache selbst.

Wenn die erstveröffentlichten Pläne ließen, weil sie es allen recht tun wollten und klar leitender Grundsätze völlig ermangelten, allerlei Schlimmes befürchten: die wissenschaftliche Angleichung der Bürger- und der Mittelschule drohte, weit entfernt, das Ideal einer wahren Einheitschule zu verwirklichen, mit einer Aufrechterhaltung der klassenmäßigen Scheidung der Schüler und mit einer Förderung des mittelständigen Durchschnitts auf Kosten der begabten Kinder. Die für die Obermittelschulen in Aussicht genommenen Lehrfächer wieder boten ein solches Sammelsurium von Gegenständen dar, daß über dem Wust des eingepaukten Gedächtnisfremdes die Charaktererziehung und Gebildungs- und Persönlichkeitskräfte hake zu kurz kommen mußten. Vom Anfang bis zum Ende also schien der Entwurf keiner Verankerung des Klassen-, Rassen- und Ständestaates in der Schule zu gelten, weder die sozialen noch die pädagogischen Erkenntnisse unserer Zeit kamen in ihm halbwegs zu ihrem Rechte.

Der Kommissionsbericht der letzten Wochen verdient solch herbe Kritik weit weniger. Es scheint, daß die vielen Stimmen des Zweifels und Widerspruchs, die nicht zuletzt in den Spalten des „Sozialdemokrat“ laut geworden sind, doch eine gewisse Wirkung gehabt haben. An jenen Punkten nämlich, wo der „Organisationsentwurf“ ein Abirren ins Altsterrreichlich-Bürokratische besonders stark befürchteten

*) Vgl. „Sozialdemokrat“ Nr. 113, 114, 149, 152, 155, 158 vom 17. und 18. Mai, 29. Juni, 1., 6. und 10. Juli 1923.

sich, behält sich der Bericht der „Arbeitskommission“ die Freiheit der Entscheidung und Prüfung ausdrücklich vor, er bindet sich an keiner Stelle endgültig und begnügt sich, allgemeine Grundzüge zu entwickeln. Man muß diesen Leitfragen zubilligen, daß sie sehr gut klingen und von jenem Geiste der „Humanität“ diktiert erscheinen, der seit den Tagen Schillers zum Weltbewand des besseren, auf „Bildung“ schauenden Bürgertums gehört. Ob dem schönen Klang auch der feste, selbstlose Wille entspricht, den volltönenden Worten die Taten folgen zu lassen, muß erst die Zukunft lehren; der schneidende Gegenstand, der im allgemeinen zwischen den prächtigen Tiraden und den Handlungen der Bourgeoisie besteht, mocht jedenfalls auch hier zur denkbar größten Befriedenheit und Strepis.

Des Wortschmucks entseidet, gibt der Bericht als „Ziel und ideale Grundlage der Bürger- und Mittelschulen“ an, daß die Bürgerschule für normal befähigte, die Mittelschule hingegen für Kinder bestimmt ist, welche für geistige Arbeit besonders begabt sind. Dieser Unterscheidung darf man durchaus zustimmung, sobald die Bürgerschule wirklich alle normal, die Mittelschule alle übernormal befähigten Kinder ohne Rücksicht auf Stand und Wirtschaftskraft der Eltern zu erfassen trachtet. Der Umstand, daß nur die Bürger- als Pflichtschule bezeichnet wird, die Mittelschule also als Wahlschule zu gelten hat, in welche die Kinder lediglich nach Wunsch der Eltern eintreten, läßt an dieser notwendigen Voraussetzung einer sozialgewachsenen Schulorganisation zweifeln. Andererseits aber finden wir im Bericht Sätze wie diese: „Förderung der sozialen Gerechtigkeit ist es, daß niemandem unmöglich gemacht wird, die seinen Fähigkeiten entsprechende allgemeine Bildung zu erlangen. Die richtige Ausnutzung der geistigen Güter des Volkes erfordert, daß jedes Kind in jene Schule kommt, welche seine natürliche Begabung am besten entwickelt und es sozial nützlich macht.“ In diesem Bekenntnis des allgemeinen Teiles des Berichtes stellen wir aus dem besonderen Teil die „notwendige Forderung, daß die beste Art gesucht werden muß, welche die angemessene Auswahl“ und Aufteilung der Schüler auf die beiden Schulstufen „verbürgt“. Solche Erkenntnisse der Verfasser des Berichtes verpfllichten! Sie würden sich selbst untreu werden, wenn sie nunmehr nach der „besten Art“ der Aufteilung nicht „suchen“ wollten, und als diese wird sich nur die vom ganzen Lehrkörper verfaßte Beschreibung der Fähigkeiten einzelner Kinder ergeben: Nicht, ob der Vater „sich leisten“ kann, sondern, ob die Erzieher es für begabt genug halten, hat darüber zu entscheiden, welche Kinder in die „Auswahlschule“ für die geistig Befähigten“ aufgenommen werden. Der „Bericht der Arbeitskommission“ hält diesen Weg offen; die sozialistischen Parteien haben aber bei der Beratung des Gesetzes die Pflicht, die Regierung zur Beschreibung dieses einzig gangbaren Weges zu verpflichten und von ihr die Mittel (Internate, Stipendien) zu verlangen, durch die auch den Professorenkindern die Mittelschule voll und ganz eröffnet wird.

Werden die Leitätze in diesem Geiste in die Wirklichkeit umgesetzt, so haben wir nicht dem Namen, sondern der Sache nach die Einheitschule da. Denn der „Bericht“ erklärt ausdrücklich, daß Bürger- und Untermittelschule dieselben Lehrfächer ausweisen und sich voneinander nur durch die Art der Darbietung unterscheiden sollen, insofern nämlich der Stoff in der Mittelschule erweitert und vertieft dargeboten wird. Das aber ist das Wesen der Einheitschule. Und deshalb verstehen wir nicht recht, was die Arbeitskommission mit der „des öfteren ausgesprochenen Forderung“ meint, „daß die gesamte Jugend zwöl-

fen dem 11. und 15. Lebensjahre in einer Schule erzogen werde und die auf ein vollständiges Zusammenfließen beider Typen hinricthen. Sie schlägt doch tatsächlich trotz der beiden Namen „Bürger-“ und „Mittelschule“ eine einzige, bloß nach Fähigkeitsstufen geschiedene Schule vor und kein vernünftiger Erzieher ist so hinüberbrannt, eine gleichmückerische Schule zu verlangen, in die er die gesamte Jugend vom Genie bis hinab zum Kretin hineinpacken möchte. Ein Energiewert in diesem letzteren Sinne, von welchem die Kommission spricht, darf sie sich ruhig ersparen, und ebenso unnötig war die Bemerkung in den „Mitteilungen des Verbandes deutscher Mittelschullehrer“, daß nach dem Kommissionsbericht der Gedanke der Einheitschule endgültig „begraben“ erscheine. Im Gegenteil, Ihr lieben Standesgenossen, er ist gesund und marschiert, und hat sich sogar dank seiner inneren Kraft in den Gehirnen der Arbeitskommission festgenistet, ohne daß es diese selbst gemerkt zu haben scheint, mit was für Plänen sie eigentlich umgeht. Nur muß sie Wort halten und einen „Weg suchen“, der die „Auswahl“ der Schüler für Bürger- und Mittelschulen „lediglich nach deren Fähigkeiten verbürgt“.

Die Erfüllung dieser Kernforderung vorausgesetzt, darf man die Zielbestimmung der Bürgerschule, „körperlich und geistig tüchtige, schaffende“ Menschen „für das praktische Leben heranzubilden“, und der Mittelschule, eine „höhere allgemeine Bildung“ zu vermitteln, „die auf wissenschaftlicher Erkenntnis und Denkweise beruht“, als recht gelungen anerkennen; und ebenso den Eifer, mit welchem die Notwendigkeit einer Harmonie von Körper, Geist und Charakter betont, die Erweckung und Stärkung aller schaffenden Kräfte im Menschen gefordert und die Schule als Stätte gemeinsamer Arbeit von Lehrer und Schüler charakterisiert wird. Mit vollem Rechte spricht die Kommission ferner der gleichmäßigen Förderung von Knaben und Mädchen, der besonderen Fürsorge für unterbegabte Kinder und dem gegenseitigen Verständnis der Nationen und Weltanschauungen das Wort, wenn ihr freilich auch, wie sich das bei bürgerlichen tschechischen Pädagogen von selbst versteht, Tschechentum und bürgerliches Weltbild obenanzu stehen scheinen. Das Ergebnis ihrer Betrachtung, daß der neue Geist der Schule und das Bedürfnis, von der Schule her das Leben zu befruchten, gebieterisch noch einem neuen Lehrergeschlecht rufen, wird jeder unterschreiben, der das alte Lehrergeschlecht am eigenen Leibe kennen gelernt hat und etwas von den Halenkreuzeressen unserer heutigen Jugendbildner weiß.

It sich die Kommission in den eben genannten Punkten darüber klar, was sie will, so scheint das bei dem Begriffe der „Allgemeinen Bildung“, den sie oft verwendet, nicht der Fall zu sein. Sie schwankt hier in verhängnisvoller Weise zwischen der landläufigen Auffassung, daß Bildung eine mehr oder weniger ungrenzte Summe gewisser Kenntnisse bedeute, und dem wahren Sinne des Wortes, nach welchem Bildung sich in der Prägung und Formung der Persönlichkeit von innen her äußert. Ohne daß der Anteil verkannt werden darf, den Einzelkenntnisse an dieser Formung haben, muß sich der Reformator von Schule und Erziehung doch bewußt bleiben, daß Leben, Beispiel, treues Erarbeiten des geistigen Gutes und dessen Zusammenfassung unter einheitlich leitenden Gesichtspunkten weit mehr zur Bildung beitragen. Der Kommissionsbericht macht diesen Hinweis notwendig, weil er den Einzelkenntnissen in der Obermittelschule einen zu großen Raum scheint zuteilen zu wollen. Davor sei eindringlich gewarnt: das Gespenst des Gehirnmenschen, dessen Denken neben Phantasie, Willen und Handeln einher-

geht, statt mit ihnen zur höheren schöpferischen Einheit zu verschmelzen, muß endlich einmal aus dieser Welt verschwinden. Wie soll das aber gelingen, wenn man die jungen Leute zwischen vierzehn und achtzehn Jahren mit einer Ueberlast von Fachwissen beschwert, Menschen also, die noch nicht Spannweite genug besitzen, auch noch alle anderen Kräfte der Seele und des Leibes harmonisch auszubilden?

Vielleicht würde die Kommission von dieser Ueberbürdung der Einzelkenntnisse loskommen, wenn sie auch Menschen des praktischen Lebens zu den ihren zählte. Hier aber, in der Zusammenhang, treiben Bürokratismus und Rationalismus traurige Blüten: Unter den Mitgliedern findet man keinen einzigen Arbeiter, trotzdem doch das Proletariat über den Geist seiner Schule ein gewaltiges Recht hat mitzureden; und die Deutschen, um deren Zukunft es doch auch geht, sind lediglich durch zwei vom Ministerium abhängige, eines entschiedenen Widerspruches also kaum fähige Männer, vertreten! Das ist nicht der richtige Weg, in einer grundlegenden Sache das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu erringen. Das Ministerium spricht im „Bericht“ von einer Verständigung der Klassen und Nationen und von dem unauflösbaren Zusammenhang zwischen Schule und Leben. Die Worte klingen gut, aber Beispiele wirken besser. Nun, das Ministerium gehe voran: Es beweise den Verständigungswillen, indem es Arbeiter und Deutsche, Vertreter der Elternschaft, Menschen und der Tat in die Kommission einbezieht!

Inland.

Zur deutschböhmischen Volkstoglegende

Deutschnationale Industrielle unterstützen den tschechischen Vormarsch.

Aussig, 26. Feber. (Eigenbericht.) Wir haben bereits über den Vorwurf berichtet, den in einer öffentlichen Stadtvertretungssitzung der tschechische Stadtrat Kubista gegen den halantreuzerischen Stadtverordneten Schier erhoben hat. Wie sich nun herausstellt, hat die Angelegenheit eine noch größere Bedeutung, als man ursprünglich annehmen konnte. Schier erklärt schon vorhin, daß er nicht aus eigener Initiative, sondern über einen bestimmten Auftrag beim Narodni Dvor erschienen sei. Der Vorsitzende des „Narodni Dvor“, der Leiter des tschechischen Konsumvereines Robotny erklärt nun, im Besitze schriftlicher Aufzeichnungen des Schier zu sein, aus denen hervorgeht, daß

eine Reihe von Leuten, die heute in der deutschnationalen Partei eine hervorragende Rolle spielen, die Austraggeber des Schier gewesen seien.

Es handelt sich um eine Gruppe von Industriellen, die offenbar ein Interesse daran hatten, daß durch die Uebernahme der Macht durch die Tschechen wieder möglichst bald „geordnete Verhältnisse“ herbeigeführt werden.

Besonders genannt wird der Direktor der Großen Chemischen Fabrik in Aussig, Nöckl.

Schier hatte bereits eine fertige Liste für eine neue Verwaltungskommission ausgefüllt, die paritätisch aus zehn Tschechen und zehn Deutschen bestehen sollte, und zwar mit Schier als deutschen Diktator an der Spitze. Schier hatte auch bereits eine Antikritikrede festgesetzt, die er dem „Narodni Dvor“ zur Genehmigung unterbreitete.

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London. 20

Buds Liebe drückte sich meistens in Anbetung aus. Obgleich er vor Wildfeligkeit raste, wenn Thornton ihn streichelte oder mit ihm sprach, so forderte er diese Unterhaltungen doch nicht heraus. Im Gegensatz zu Sleet, die gewohnt war, ihre Nase unter Thorntons Hand zu schieben und sie so lange leise anzustößen, bis er sie streichelte, und im Gegensatz zu Rig, der aufrecht stehend seinen großen Kopf auf Thorntons Knie legte, begnügte Bud sich damit, seinen Herrn aus der Entfernung anzubeten. Stundenlang konnte er zu Thorntons Füßen liegen, ernst und aufmerksam in sein Gesicht blicken, darauf verweilen, es studieren und mit gespanntem Interesse jedem flüchtigen Ausdruck, jeder Bewegung und jedem Wechsel der Gesichtszüge folgen. Oder er legte sich gelegentlich weiter weg, seitwärts oder in den Hintergrund, um so die äußeren Linien seines Herrn und die zufälligen Bewegungen seines Körpers zu beobachten. Und so eng war ihre Gemeinschaft, daß Buds ständiges Anstarren John Thornton veranlaßte, den Kopf zu wenden und seine Blicke zu erwidern. Dabei sprach er nicht, aber seine Seele lag leuchtend in seinen Augen, wie die Seele Buds in seinen.

Für lange Zeit nach seiner Rettung wollte Bud Thornton nicht aus den Augen lassen. Von dem Augenblick, da dieser das Jelt verließ, bis er wieder kam, blieb er ihm nicht von den Ferren. Seine vormaligen Herren im Nordland hatten durch ihr jeweiliges Scheiden in ihm die Angst erweckt, daß keiner dauernd bei ihm bleiben könne. Er lebte befländig in der Furcht, daß Thornton ebenso wie Verroult und Francois und der schottische Mischling aus seinem Leben auscheiden würde, und diese Furcht verfolgte ihn selbst nachts im Traum. Dann stand er auf, schüttelte den

den Schlaf ab und schlief durch die kühle Nacht nach dem Jelt, wo er stehen blieb und auf die Atemzüge seines Herrn horchte.

Aber ungeachtet dieser großen Liebe zu John Thornton, die den sanften verfeinernden Einfluß zu verorten schien, blieb die Neigung zum Primitiven, die das Nordland in ihm erweckt hatte, lebendig und tätig in ihm. Treue und Ergebenheit, Dinge, geboren aus heimischen Feuer und unter heimischen Dach, lebten in ihm, aber er behielt gleichzeitig auch seine Wildheit und Verschlagenheit bei. Er war ein Geschöpf der Wildnis, aus der er vorgekommen war, um an John Thorntons Feuer zu sitzen, und doch mehr als ein Hund des weichen Südens, mit den Zeichen zivilisierter Generationen gestempelt. Wegen seiner ungeheuren Liebe zu Thornton war er nicht imstand, von ihm etwas zu stehlen, aber von jedem andern, in jedem andern Lager, zögerte er keinen Augenblick, es zu tun, denn die Geschicklichkeit, mit der er stahl, ließ ihn der Entdeckung entkommen.

Sein Gesicht und sein Körper waren durch die Zähne mancher Hunde gezeichnet, und er kämpfte so furchtbar wie je, nur noch verschlagener. Sleet und Rig waren zu gutmütig, um zu streiten, — auherdem, sie gehörten ja zu John Thornton. Aber der fremde Hund, von welcher Rasse und Stärke er auch war, erkannte schnell Buds Meisterhaftigkeit an oder fand sich im Kampf um sein Leben mit einem furchtbaren Gegner. Und Bud war erbarmungslos. Er hatte das Gesetz von Sieg und Big gut gelernt, und nie ließ er eine günstige Gelegenheit vorübergehen oder zog sich von einem Gegner zurück, mit dem er einen tödlichen Kampf begonnen hatte. Er hatte von Spitz gelernt, und von den Polizeihunden und Posthunden, die vorzügliche Kämpfer waren, und er wußte, daß es da keinen Mittelweg gab. Er mußte Meister sein oder unterliegen; Gnade walteten zu lassen, war Schwäche. Gnade und Erbarmen gab es nicht im primitiven Leben. Dies wurde als Furcht aufgefaßt, und solche Auffas-

sung führte zum Tod. Töten oder getötet werden, essen oder gegessen werden, war das Gesetz; und diesem Gesetz, aus Tiefen der Zeit heraus entstanden, gehorchte er.

Er war älter als die Tage, die er gesehen, und wie die Atemzüge, die er getan hatte. Er verband das Vergangene mit dem Gegenwärtigen, und die Ewigkeit hinter ihm pulsierte durch ihn in mächtigem Rhythmus. Er sah an John Thorntons Fängen und langem Haar; aber hinter ihm waren die Schatten aller Arten von Hunden, Halbweölfen und wilden Wölfen, drängend und treibend; sie schmeckten den Duft des Fleisches, das er aß, dürsteten nach dem Wasser, das er trank, witterten mit ihm den Wind, horchten mit ihm und erzählten ihm vor den Geräuschen, die das wilde Leben im Walde verursachte, diktieren ihm seine Stimmungen, lenkten seine Handlungen, gingen mit ihm schlafen und träumten mit ihm und wurden selbst der Gegenstand seiner Träume. So entschieden lockten ihn diese Schatten, daß mit jedem Tag Menschheit und menschliche Sagenungen sich weiter von ihm entfernten. Tief in den Wäldern wurde ein Ruf hörbar, und so oft er diesen Ruf hörte, geheimnisvoll, zitternd und lockend, fühlte er den Drang, dem Feuer und der zertretenen Erde umher den Rücken zu kehren und in den Wald zu stürzen, fort und fort, er wußte nicht wo und warum; er wußte auch nicht, wo und warum der Ruf so gebieterisch in dem tiefen Wald erklang. Aber so oft er die weiche unberührte Erde und den grünen Schatten sah, zog die Liebe zu John Thornton ihn wieder an dessen Feuer zurück.

Thornton hielt ihn allein. Die übrige Menschheit war ihm nicht. Zufällige Reisende mochten ihn preisen oder verdächtlich machen; aber er ließ kalt unter ihnen, und vor einem zu jubringlichen Mann stand er auf und ging fort. Als Thorntons Freunde Hans und Pete auf dem langerwarteten Floß ankamen, weigerte sich Bud,

Notiz von ihnen zu nehmen, bis er erkannte, daß sie mit Thornton eng befreundet waren. Darnach duldete er sie in einer gleichgültigen Weise, nahm ihre Huldigungen entgegen, als ob er ihnen eine Ehre dadurch erwies, daß er sie annahm. Die waren von dem gleichen großen Typus wie Thornton; eng mit der Erde verwachsen, dachten sie einfach und klar. Und bevor sie das Floß nach dem großen Strudel bei Dawson senkten, verstanden sie Bud und seine Art und bestanden nicht auf die Vertraulichkeit, die sie bei Rig und Sleet erfahren hatten.

Für Thornton wuchs indessen seine Liebe mehr und mehr. Er als einziger unter den Männern durfte in der sommerlichen Wanderzeit ein Bündel auf Buds Rücken schnüren. Nichts war Bud jubel, wenn Thornton es befaß. Eines Tages saßen die Männer und Hunde auf dem Ramm einer Klippe, die auf einem nackten Felsen, dreihundert Fuß tief, schroff herunterfiel. Thornton saß nahe am Rande, Bud an seiner Schulter. Eine plötzliche, leichtfertige Laune ergriff Thornton, und er zog die Aufmerksamkeit von Hans und Pete auf das Experiment, das er im Sinne hatte. „Spring, Bud!“ befaß er und streckte seinen Arm über die Klust. Am nächsten Augenblick war er am äußersten Ende mit Bud im Handgemeine, während Hans und Pete sie beide in Sicherheit zurückzogen.

„Es ist unglaublich,“ sagte Pete, als es vorbei war, und sie ihre Sprache wiedergesunden hatten.

Thornton schüttelte den Kopf. „Nein, es ist glänzend und schrecklich dazu. Weißt du, es erschreckt mich manchmal.“

„Neh möchte nicht der Mann sein, der Hand an dich legt, wenn er dabei ist,“ sagte Pete mit Bestimmtheit und nickte Bud zu.

(Fortsetzung folgt.)

Die nationalsozialistische Partei, die ursprünglich Schier nicht folgen wollte, scheint nun erkannt zu haben, daß das Festhalten an Schier eine zu schwere Belastung für sie wäre. Es verlautet, daß sie Schier endgültig folgen ließ, obwohl er ihr Geldgeber gewesen ist. In der letzten Kuffiger Stadtratssitzung hat Schier eine Erklärung abgegeben, wonach er vorbehaltlich der Zustimmung seiner Partei bis zur Erledigung seiner Klage gegen Kubista seine Stelle als Mitglied der Stadtvertretung nicht mehr ausüben und alle seine Funktionen der Partei zur Verfügung stellen werde. Schier hat nach einer hakenkreuzlerischen Zeitungstunde die Klage gegen Kubista eingebracht. Jedoch dürfte ihm diese Klage sehr wenig nützen, nachdem alle Einzelheiten durch schriftliche Aufzeichnungen festgehalten sind, die sich heute noch im Besitze des „Narodni Vnbor“ befinden.

Die Kuffiger Arbeiterschaft beschäftigte sich am Montag abend in einer öffentlichen, überaus zahlreich besuchten Versammlung mit der Tätigkeit der Bürgerlichen in der Zeit ihrer bisherigen Herrschaft in der Gemeindeführung und besonders mit dem Falle Schier. Das Urteil sowohl der Arbeiterschaft als auch großer Teile der bürgerlichen Wähler über die „gegenwärtige“ Tätigkeit der Wahlgemeinschaft und der Hakenkreuzler kam in dieser Versammlung in einer für die Bürgerlichen wenig anerkennenswerten Weise zum Ausdruck.

Prasels Bauernverband.

Im Deutschbroder Gebiet legt Senator Prasel die Grundgeden zur eigenen Partei, die er nach seinem Sturz vom Präsidentenstuhl des Senates zu gründen verprochen. Interessant ist es, daß dieser Bauernverband innerhalb der agrarischen Partei gegründet wird. Prasel will eben ein ganz Geschicktes sein und sich an das Beispiel der Kommunisten, die seinerzeit die Sozialdemokratie auch von innen aus unterhöhlten, halten. Das Deutschbroder tschechisch-agrarische Wochenblatt ist über die Gründung Prasels sehr erregt und schreibt: „Dann sollten denn im Rahmen der republikanischen Partei eine eigene Bauernorganisation gegründet werden? Wir antworten kurz: Weil sie nicht notwendig ist in der agrarischen Partei, deren Grundlagen die Bauern und größeren Landwirte bilden, als eigentliche und erste Träger der agrarischen Gedanken.“ Die tschechischen Agrarier, die sich sonst, genau so wie die deutschen Landbündler, den Kleinbauern als die Partei des Landvolkes präsentieren, geben also plötzlich zu, daß ihnen die größeren Landwirte lieber sind. Kleinbauern und Kleinhändler, hört und erwägt!

Einberufung der Nationalversammlung. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten hat der Präsident die Session der Nationalversammlung mit dem 27. Feber als beendet erklärt und in einer zweiten Zuschrift die Nationalversammlung zur Frühjahrstagung für den 6. März nach Prag einberufen.

Ein Gesetz über die Militarisierung der Verkehrsmittel. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die Anforderung von Verkehrsmitteln für militärische Zwecke überreicht. Der Entwurf regelt folgende Materien: a) Anforderung der Pferde (Evidenzpferde), b) Anforderung von Wagen, Pferden, die nicht Evidenzpferde sind und der übrigen Zugtiere mit Zubehör, c) Anforderung von Motorfahrzeugen und d) Anforderung von Flugzeugen. Die Vorlage soll eine gesetzliche Grundlage für die Konfiskation der Motorfahrzeuge und Flugzeuge (im Frieden) gewähren und auch für Anforderungen für Kriegszwecke die bisher geltenden Normen unifizieren.

Ueber die Marienbader Beratungen schreibt „Ceske Slovo“: Die Beratungen der Vertreter der koalitierten Parteien in der Wetta fanden dieser Tage in Marienbad statt; sie werden noch fortgesetzt werden. Aus informierten Kreisen wird uns mitgeteilt, daß über die Ergebnisse der Beratungen irrtümliche Nachrichten verbreitet wurden. Die Koalition verhandelte in voller Einmütigkeit über die Vorbereitungen zur Frühjahrssession des Parlamentes.

Ausland.

Die Greuel auf den Solowekki-Inseln.

Am 19. Dezember vorigen Jahres wurden, wie die ersten Nachrichten lauteten, in den Gefangenenlagern auf den Solowekki-Inseln im Weißen Meer fünf Sozialisten erschossen und drei verwundet. Alle Einzelheiten fehlten. Die politische Polizei in Moskau verweigerte den Angehörigen jede Auskunft. Erst am 10. Feber, sieben Wochen nach den blutigen Ereignissen, erschien in der amtlichen Presse folgende Notiz:

„Am 19. Dezember 1923, 6 Uhr abends, fand im Hofe des Gefangenenlagers Solowekki ein bedauerndes Ereignis statt. Zwischen den Verhafteten und einer Gruppe Rotarmisten, die das Lager bewachen, war ein Konflikt ausgebrochen. Bei diesem Zusammenstoß wurden getötet: Frau Kotowa, 25 Jahre alt; ferner starben an den Verletzungen: Rotfcharowski, 28 Jahre, Wilkina-Pastarnak, 27 Jahre, Gorelik, 26 Jahre, Frau Bauer-Jettin, 32 Jahre, und Popow, 28 Jahre alt; verwundet wurden: Lebdelew, 24 Jahre und Schit, 32 Jahre alt. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Die Ergebnisse der Untersuchung werden bekanntgegeben werden.“

Aus diesem amtlichen Bericht kann man nicht einmal die Ursache des „bedauernden Konflikt“ herauslesen. Eines steht jedoch fest: die Schuld der Niederschiebung der wehrlosen Gefangenen liegt vollkommen auf Seiten der Gefängnisbehörde, die, nebenbei bemerkt, aus ehemaligen gemeinen Verbrechern besteht. Der amtliche Bericht versucht dieses Mal nicht, wie so oft bisher, den Gefangenen die Schuld in die Schuhe zu schieben, er erzählt keine Märchen über „Fluchtversuche“ oder „Angriffe“ der Opfer der bolschewistischen Justiz. Die Worte bedauerndes Ereignis lassen darauf schließen, daß auch die Leiter der politischen Polizei in Moskau ganz genau wissen, wer für die blutigen Ereignisse in Solowekki verantwortlich ist.

Im Zusammenhang damit muß aber noch folgendes erwähnt werden. Die Presse der russischen Sozialdemokratie, wie auch die russischen Zeitungen aller Richtungen im Auslande,

haben seit Monaten darauf hingewiesen, wofür es führen muß, wenn Hunderte von politischen Gefangenen nach einer wüsten, weltverlorenen Insel im fernen Norden, die während des ganzen Winters von jedem Verkehr abgeschnitten ist, verbannt und in einem Gefängnis interniert werden, das unter der Willkürherrschaft früherer Verbrecher steht. Die Allmacht der Gefängnisbeamten hat nun zu Ereignissen geführt, die man voraussehen konnte und deren Wahrscheinlichkeit auch in der Presse hundertmal vorausgesagt wurde. Es wird noch einige Monate dauern, bis die Untersuchungskommission in Moskau ihren lahmten und zahmen Bericht veröffentlicht wird. Was darin auch stehen mag, eines wird sicher darin fehlen, und zwar der Hinweis darauf, daß nicht durch kleine „Reformen“ auf den Solowekki-Inseln, sondern nur durch einen allgemeinen politischen Systemwechsel Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Prozeß gegen Hitler und Genossen

Der erste Verhandlungstag.

München, 26. Feber. (Eigenbericht.) Der erste Tag des Hitler-Prozesses ist hier vollkommen ruhig verlaufen. Ein Antrag des Staatsanwaltes auf vollständigen Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vom Gerichte abgelehnt. Die Öffentlichkeit soll nur teilweise bei besonders wichtigen Stellen ausgeschlossen werden. Nach Erledigung der Eingangsformalitäten brachte der Nachmittag die Vernehmung Hitlers. Er schilderte im Stille seiner Volksversammlungsreden seinen Werdegang. Die Verteidigung seines Verhaltens in den Novembertagen baute er in eingehender Darstellung darauf auf, daß Rahr, Loffow und Seizer mit ihm und Ludendorff vollkommen zusammengegangen seien und daß in den gemeinsamen Beratungen über das Ziel eines Vormarsches nach Berlin niemals eine Differenz bestanden habe.

München, 26. Feber. Schon eine Stunde vor Beginn des Prozesses, füllte sich das Gerichtsgebäude mit den Prozeßbeteiligten. Strenge Absperrungen sind nur in der Zugangsstraße zum Hauptportal des Gebäudes durchgeführt; an den Drahtverhauen stehen nur wenige Neugierige. Im Gebäude selbst werden die Eintretenden einer mehrfachen Kontrolle unterzogen, insbesondere auch nach Waffen durchsucht. Vor neun Uhr betreten die Verteidiger den Sitzungssaal, nach ihnen der Staatsanwalt Stänglein mit seinen Hilfsanwälten und gleich darauf erscheint Ludendorff langsamen Schrittes, hinter ihm Böhner, schließlich die übrigen Angeklagten unter ihnen Hitler, Oberamtmann Dr. Wilhelm Fried von der Polizeidirektion München; Tierarzt Dr. Friedrich Weber; Hauptmann a. D. Ernst Röhm; Oberleutnant a. D. Wilhelm Brückner; Leutnant Robert Wagner; Oberleutnant a. D. Heinz Berner. Sämtliche Angeklagte sitzen an den Tischen bei ihren Verteidigern. Um neun Uhr betritt der Gerichtshof den Saal, an der Spitze Landesgerichtsrat Reidhart, der sofort die Verhandlung aufnimmt. Er ruft die Angeklagten auf und stellt ihre Personalien fest. Hierauf nimmt der erste Staatsanwalt Stänglein das Wort zur Begründung seiner

Anklage.

Er beginnt: Die Beschuldigten haben, gestützt auf die bewaffnete Macht des Kampfbundes und die bewaffnete Macht der Infanterieschule es unternommen, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewaltsam zu beseitigen und die Reichsverfassung sowie die des Freistaates Bayern gewaltsam zu ändern und eine verfassungswidrige Regierung mit Gewalt aufzurichten. Das Verhalten der Beschuldigten begründet für jeden von ihnen, mit Ausnahme des Angeklagten Berner, der eines Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat beschuldigt wird, ein Verbrechen des Hochverrates nach § 81, Nr. 2, und § 47 des R. St. G. B.

Sodann beginnt die Verlesung der Anklageschrift. Sie gibt eine ausführliche Schilderung der Vorgänge im „Bürgerbräu-Keller“, die sich nach einem genauen Plan Hitlers abgespielt haben. Zum Schluß beschäftigt sich die Anklage mit den Beschuldigten im einzelnen und macht für Hitler und Ludendorff folgende Feststellung:

Hitler war die Seele des ganzen Unternehmens, er entwarf den Plan, setzte sich dabei an die Spitze des Unternehmens, verteidigte es noch dann, als die völlige Ausichtslosigkeit klar war. Ludendorff war von den Unternehmen offenbar schon lange genau unterrichtet, da er in aller Öffentlichkeit und unwiderrufen als der berufene Führer der kommenden völkischen Bewegung gefeiert wurde. Er bestätigte sich auch sofort als Führer der neuzubildenden Nationalarmee und setzte das ganze Gewicht seines Ansehens und seiner Persönlichkeit für den Erfolg des Umsturzes ein.

Nach der Verlesung der Anklageschrift beantragte der Staatsanwalt den prinzipiellen Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates, soweit diese Gefahr nicht gegeben sei, solle die Öffentlichkeit zugelassen werden.

Hierauf gibt Rechtsanwalt Soll im Namen der gesamten Verteidigung eine Erklärung ab, in der die Angeklagten es ablehnen, dafür

verantwortlich gemacht zu werden, wenn durch die Führung dieses Prozesses die vaterländischen Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste geschädigt werden. Drei andere Verteidiger sprechen gegen den Antrag des Staatsanwaltes aus Ausschluß der Öffentlichkeit und geben ihrer Empörung Ausdruck, daß entgegen der vielen Versprechungen der Staatsregierung und anderer maßgebender Persönlichkeiten sei, was eine schwere Schädigung sämtlicher Angeklagter bedeuten würde.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zur Beratung zurück und verkündet um 11 Uhr den vollkommnen Ausschluß der Öffentlichkeit während der Beratung des Antrages der Staatsanwaltschaft.

Nur vor zwölf wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Der Gerichtshof trat sofort in die Vernehmung der Angeklagten ein. Der Vorsitzende schlug vor, Hitler über die Beweggründe zu seiner Tat seine Darlegungen machen zu lassen. Um eine Unterbrechung dieser Darlegungen zu vermeiden, wurde die Sitzung bis halb drei Uhr nachmittag vertagt.

Die Nachmittagsverhandlung wurde in der Hauptsache mit einer dreieinhalbstündigen Rede Hitlers ausgefüllt. Seine Rede war ein Gemisch eines großen politischen Bekenntnisses und persönlicher Verteidigung. Die Rede gab in gewissen Abschnitten ein interessantes Bild von der Putschatmosphäre, die in den vier Monaten vor dem 8. November in München geherrscht hat und in deren Bann der kleinste Nationalsozialist bis hinauf zum höchsten Beamten gestanden war.

Hitlers Rede enthielt natürlich auch maßlose Angriffe gegen die Sozialdemokraten und „Marxisten“, sowie gegen alle Regierungen, die in den letzten fünf Jahren Deutschland mehr zurückgeworfen hätten als seinerzeit der Völkische Krieg. Hitler gab zunächst ein Bild seiner politischen Laufbahn. Er schilderte ausführlich die Revolutionsbewegung die im Laufe des Sommers 1923 bis zum Herbst in München, bis zur Einsetzung Rahr als Generalkommissar, durch den mit dem Reich herausbeschworbenen Konflikt herantreibt. Hitler erklärte: „Tatsache war, daß Rahr, Loffow und Seizer das gleiche Ziel wie wir Völkischen verfolgten, nämlich die Reichsregierung zu beseitigen und an deren Stelle ein interparlamentarisches Direktorium zu setzen. Wenn unser ganzes Unternehmen Hochverrat gewesen wäre, dann müßten diese drei Herren, die die ganze Zeit mit uns Hochverrat getrieben haben, auf der Anklagebank sitzen.“

In allen Unterredungen, die zwischen uns gepflogen wurden, haben diese Herren ihren Willen zum Umsturz klar geäußert. Es fehlte ihnen aber nur der Entschluß zum Losschlagen. Sie verloren immer wieder den Mut hierzu. So entschloß ich mich, ihnen diesen Anstoß zu geben. Am 6. November setzte ich als Termin für den Staatsstreich den 8. November fest, verständigte aber nur ganz wenige Leute, nicht einmal Ludendorff, dessen Stellungnahme aber im Augenblicke des Losschlagens ganz unzweifelhaft war.

Hitler schilderte ausführlich die Vorgänge am 8. und 9. November. Hervorzuheben ist seine mit Leidenschaft gemalte „Versöhnung und Verständigung“ im Robenzimmer des Bürgerbräu-Kellers, wo sich alle Anwesenden mit Rahr und Loffow verständigten und sich

in tiefer Nüchternheit die Hände schüttelten und Treue versprachen.

Zum Schluß besaßte sich Hitler mit der Wendung Rahr's und Loffow's, wobei er sich wiederholt in Ausfällen gegen die ehemaligen Freunde erging. Er schloß:

„Ich bekenne mich zur Tat in vollem Umfange und habe nichts zu verheimlichen, aber ich leugne jede Schuld ab, solange nicht meine jegige Umgebung auf der Anklagebank eine Ergänzung finde: durch die Herren, die dieses Unternehmen mit uns bis ins kleinste vorbereitet haben. Letzteres werde ich unter Ausschluß der Öffentlichkeit bis ins kleinste beweisen. Ich fühle mich als Deutscher, der das Beste des deutschen Volkes gewollt hat.“

Nach einigen Fragen des Vorsitzenden und Staatsanwaltes an Hitler wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Telegramme.

Reichstagswahlvorbereitungen.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Der aus der Volkspartei ausgeschiedene bekannte Reichstagsabgeordnete Geisler bemühte sich seit längerer Zeit, für die kommenden Wahlen besonders in Norddeutschland einen großen Rechtsblock von den Deutschnationalen bis zu den Deutschvölkischen zu bilden. Gegenüber diesen Bestrebungen erklärte jetzt der völkische Abgeordnete Wulle, daß von einem gemeinsamen Vorgehen keine Rede sein könne und daß die völkischen Richtungen auch in Norddeutschland genau so wie in Bayern, Mecklenburg und Thüringen als völkischer Block allein in den Wahlkampf ziehen würden.

Verchiebung des reichsdeutschen Parteitages.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Der Parteivorstand hat beschlossen, auf Wunsch der bayerischen Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Parteitag vom 30. März auf den 13. April zu verchieben.

8000 Metallarbeiter ausgeperrt.

Berlin, 26. Feber. In 53 Betrieben der Berliner Metallindustrie sind heute etwa 7-8000 Arbeiter ausgeperrt worden, da sich ein Teil von ihnen den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern über die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden nicht fügen will.

Die Militärkontrolle für Deutschland.

Paris, 26. Feber. (Savas.) Amtlich wird die Uebersendung einer englischen Note an die Völkischerkonferenz bezüglich der wirksamen Wiederaufnahme der alliierten Militärkontrolle in Deutschland bestätigt. Mit der alliierten Uebersendung der Note befaßt sich der Internationale Militärausschuß in Versailles.

Macdonald lehnt Stresemann ab?

Paris, 26. Feber. (Savas.) „Chicago Tribune“ meldet aus London, daß Macdonald in höflicher aber entschiedener Weise das Anerbieten Stresemanns zurückgewiesen habe, welcher nach London kommen wollte, um mit Macdonald die Fragen der Schaffung der neuen Enmmissionsbank und der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zu diskutieren.

Wie den Berliner Blättern mitgeteilt wird, ist die Mitteilung frei erfunden.

Der Kampf gegen die Wiener Bankmagnaten.

Keine Aussicht auf baldige Verhängung.

Wien, 26. Feber. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen im Bankbeamtenstreik haben heute vormittags um halb elf Uhr begonnen und wurden nach zweistündiger Dauer bis fünf Uhr abends vertagt. Sie dauern zur Stunde noch an und es ist nicht anzunehmen, daß es heute zu einer Einigung kommt. Obwohl die Vertreter der Beamten bereits das weitestgehende Entgegenkommen bewiesen haben, ist bei den Banken noch kein Einlenken zu bemerken. Die Banken bestehen nach wie vor auf der Zweiteilung der Stoffstunden und wollen auch in der Frage der Gehalterhöhung nur derartig minimale Zugeständnisse machen, daß die Vertreter der Beamten sie als unannehmbar erklären mußten. Bei den Banken ist zu bemerken, daß sie die Verhandlungen bis über den 1. März hinaus verschleppen wollen. Der Streik dauert also noch weiter; die Stimmung der Streikenden und Ausgeperrten ist nach wie vor ausgeglichen.

Oesterreich anerkennt Sowjetrußland.

Wien, 26. Feber. (R.B.) Wie amtlich mitgeteilt wird, hat über Auftrag der Bundesregierung der österreichische Bevollmächtigte Vertreter in Moskau am 25. Feber Litwinow eine Note überreicht, in welcher sich die Bundesregierung damit einverstanden erklärt, daß die normalen diplomatischen und konsularischen Beziehungen mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken aufgenommnen werden. Diese Erklärung wurde von der Moskauer Regierung zur Kenntnis genommen.

Die Wahlreform im französischen Senat.

Abgeordnete können nicht Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften sein.

Paris, 26. Feber. Der Finanzminister hat dem Senate die von der Kammer angenommene Finanzvorlage unterbreitet. Der Vorsitzende des Senates gab die Demission der Mitglieder der Kommission für die Wahlrechtsreform bekannt. Der Senat nahm hierauf die Diskussion über die Unvereinbarkeit eines Mandates mit Verwaltungsfunktionen in Aktiengesellschaften wieder auf. Trotdem der Innenminister verlangte, man möge zunächst der Regierung Gelegenheit geben, sich über die Sache im Ausschuß auszusprechen, wird die Vertagung der Debatte abgelehnt, die allgemeine Debatte eröffnet und zu Ende geführt. Der Gesamtantrag wird mit 181 gegen 85 Stimmen angenommen.

Die Ermordung des Kapitans Hanita vor Gericht.

Riefenandrang im Brünner Schwurgerichtssaal. — Verlesung der Anklageschrift. — Das Verhör.

Brünn, 26. Feber. Vor den Brünner Geschwornen begann heute der Sensationsprozess wegen der Ermordung des Kapitans Hanita. Obgleich für die Verhandlung nur eine beschränkte Anzahl von Karten ausgegeben wurde, und dies allgemein bekannt war, hatte sich heute morgen vor dem Strafgerichtsgebäude eine nach Hunderten zählende Menschenmenge angesammelt, die vergeblich Einlass in den Schwurgerichtssaal verlangte. In dem nur etwa zweihundert Personen fassenden Auditorium hatten zum meist Frauen Platz genommen. Zur Verhandlung sind über zwanzig Journalisten erschienen.

Nach Auslosung der Geschwornen, unter denen sich keine Frau befindet, werden die Angeklagten in den Saal geführt. Der Vorsitzende ODR. Honzík eröffnet die Verhandlung und erfucht das Auditorium, sich während der Verhandlung ruhig zu verhalten. Bevor zur Verlesung der Anklageschrift geschritten wird, beantragt der Verteidiger der Angeklagten

Die Delegation eines anderen Gerichtes,

da er die Objektivität der Geschwornen in diesem Prozesse bezweifelt. Es seien lange vor dem Prozesse in der Presse die verschiedensten Nachrichten über die Angeklagten verbreitet worden, die die Objektivität der Geschwornen zu gefährden in der Lage seien. In dem Antrag protestiert der Verteidiger auch gegen die Beschränkung der Öffentlichkeit, die dadurch erfolgt ist, daß das Präsidium des Gerichtes bei der Ausgabe der Karten eine besondere Auswahl der Zuhörer vorgenommen hat.

Nachdem der Gerichtshof diesen Antrag des Verteidigers abgelehnt hat, wird zur Verlesung der 33 Schreibmaschinenseiten umfassenden Anklageschrift geschritten, die über eine Stunde in Anspruch nimmt.

Die Anklage beschuldigt den 19jährigen Johann Besech, Bauassistenten in Prag, des vorsätzlichen Mordes. Hilda Hanita und deren Mutter Franziska Charvat sind wegen Mitschuld an diesem Mordanschlag angeklagt.

Die Anklage sieht neun Zeugen vor; außerdem werden 17 Zeugenprotokolle während der Verhandlung zur Verlesung gelangen.

Die Anklageschrift

besagt:

Hilda Hanita, geborene Charvat, wurde 1902 in Wien geboren. Ihre Eltern siedelten vor nicht langer Zeit von dort nach Schimitz bei Brünn über. Hilda Charvat besuchte die Volksschule in Schimitz, die Bürgerschule in Musterlitz und einen einjährigen Handelskurs in Brünn. Nachher war sie kurze Zeit Erzieherin bei einer Familie in Ungarn und dann im Geschäft „Grammophon Import Compagny“ in Brünn angestellt. 1919 wurde sie mit dem damaligen Oberleutnant Karl Hanita vom 43. tschechoslowakischen Infanterieregiment bekannt, löste eine Verlobung mit einem andern Mann und heiratete am 28. Juli 1921 Hanita. Diese Ehe war anfangs glücklich. Kapitän Hanita erlebte aber sehr bald bittere Enttäuschungen. Seine Frau war gewöhnt in lustiger, insbesondere männlicher Gesellschaft zu verkehren, in Kaffeehäuser, Bars und Kinos aufzusuchen und sich kostbar zu kleiden. Hanita litt unter diesem Verhalten seiner Frau. Nicht lange nach der Hochzeit kam es zu Zwistigkeiten, welche sich steigerten, bis sie schließlich in der Frau Abneigung gegen ihren Mann hervorriefen. Sie brach vom März 1923 an alle Beziehungen zu ihm ab und entschloß sich sich von ihm scheiden zu lassen. Hanita liebte aber seine Frau zu sehr, um seine Einwilligung zur Scheidung zu geben.

Auf den Rat eines Rechtsanwaltes verschaffte sie sich ein ärztliches Zeugnis, daß sie krank sei, und fuhr mit ihrer Mutter März 1923 nach Böhmen, wo sie von einer Verwandten zur anderen fuhr und auch öfters Prag besuchten. Ende April kehrte die Mutter nach Brünn zurück und auch Hilda kam auf kurze Zeit, kehrte aber bald wieder zu ihren Verwandten nach Böhmen zurück. Vom 2. Juli bis 8. August hielt sie sich in Franzensbad auf. Nach einem zweitägigen Aufenthalt in Prag kam sie am 10. August nach Brünn, um aber am 19. wieder nach Prag zu fahren. Dort traf sie jeden Abend mit ihrem Vetter Johann Besech zusammen. Bei einem gemeinsamen Spaziergang sagte sie ihm über die Plage, die sie mit ihrem Mann habe.

Schließlich richtete sie an Besech die Frage, ob er ihren Mann nicht aus dem Leben schaffen wolle.

Ueberrascht antwortete Besech: „Das ist sehr schwer für mich, ich weiß nicht wie.“ „Vielleicht durch Erschießen,“ bemerkte die Hanita, ließ ihrem Vetter keine Zeit, die Sache zu überlegen und versprach ihm einen Bankbeamtenposten in Brünn.

Auf seine Frage, wie er die Tat ausführen sollte, sagte sie, er solle Hanita in die Manöver nachfahren und ihn dort erschießen. Man werde dann glauben, daß dies ein Soldat getan habe.

Am 27. August fuhren beide nach Brünn. Vom Bahnhof gingen sie in die Wohnung, wo die Charvat mit ihrer Tochter und deren Gatten gemeinsam wohnten. Den Kapitän Hanita trafen sie nicht

mehr zu Hause an, er war bereits zu dem Manöver gefahren. Sie weichten die Charvat in ihren Plan ein. In einem Geschäft in der Reutorgasse wurde eine Repetierpistole erstanden. Besech ging in die Kaserne des 43. Infanterieregimentes und erkundigte sich, wo dieses seine Übungen abhalte. Es wurde ihm mitgeteilt, bei Stalitz. Dann begab sich Besech mit Hilda Hanita zum Bahnhof, um nach Stalitz-Boskowitz zu fahren. Da er schon früher einmal seine Ansicht geäußert hatte, daß es für ihn am besten wäre, sich nach der Ermordung des Kapitans Hanita zu erschließen und dabei dem Wunsche Ausdruck gab, daß er sich noch gerne für seine Eltern photographieren lassen möchte, blieb die Hanita auf dem Wege bei einem Atelier stehen, wo sich Besech zwölf Lichtbilder anfertigen ließ, während seine Base draußen wartete. Er fuhr um 10 Uhr nach Stalitz-Boskowitz. Als er dort erfuhr, daß das Regiment nicht mehr in dieser Gegend sei, kehrte er nach Brünn zurück. Nachmittags fuhr Besech nach Mähr.-Kromau, wo, wie die Frauen inzwischen erfahren hatten, das 43. Infanterieregiment sein sollte. Da es aber schon stark dunkelte, kehrte Besech zurück, ohne nach Kapitän Hanita geforscht zu haben.

Am 3. September fuhr Besech wieder nach Boskowitz, von wo er nach Kuzejb, wo Hanita einquartiert war, ging. Besech ging ins Zimmer, wo der Kapitän lag, weckte ihn und teilte ihm mit, daß seine Frau erkrankt sei und daß er sofort nach Brünn kommen solle. Hanita zog sich an und entschloß sich, mit dem nächsten Zuge nach Brünn zu fahren.

Um 7 Uhr abends begaben sich beide Männer auf den Weg. Zunächst gingen sie auf der Straße und bogen dann auf einen Fußweg ein, der zum Bahnhof Stalitz-Boskowitz führt. Da der Fußweg eng war, mußte einer hinter dem andern gehen. Kapitän Hanita ging vor und gleich hinter ihm Besech.

Da benötigte dieser einen geeigneten Augenblick, zog die Pistole aus der Tasche und gab aus ihr von rückwärts aus unmittelbarer Nähe von ungefähr eineinhalb Schritten auf den Kapitän einen Schuß ab. Dieser Schuß traf Hanita in den Kopf und verursachte einen Bruch der Schädelbasis und eine Zertrümmerung der linken Gehirnhälfte. Nach diesem ersten Schuß sank der Kapitän zu Boden. Da ging seinem Mörder ein zweiter Schuß los, der den Hanita unter der Schulter traf. Hanita bewegte sich zwar noch eine Weile, er sprach aber nichts mehr. Der Mörder sah sein Opfer bei den Füßen und zog es von dem Weg über vier bis fünf Reihen Kartoffeln ins Feld hinein. Dann sicherte er die Wasse, steckte sie in die Tasche und lief zu dem nicht weit entfernten Bahnhof Stalitz-Boskowitz.

Um 11 Uhr nachts kam er nach Brünn und ging sofort in die Fröhlichergasse. Da das Haus schon gesperrt war, piff er. Nach dem dritten Pfiff zeigte sich die Charvat und warf ihm den Hausschlüssel hinunter. Oben öffnete sie ihm selbst die Türe. Als das Licht im Zimmer angezündet worden war und Besech sich überzeugt hatte, daß niemand außer der Charvat und ihrer Tochter, welche im Bett lag, anwesend sei, sagte er beiden laut:

„Ich habe den Karl erschossen und habe kein Geld. Ich bitte dich, Tante um Geld zur Reise in die Slowakei.“

Er erhielt 200 K, ging zur Bahn und fuhr vor Mitternacht nach Banja Vyskica. Von dort ging er zu seinem Vetter nach Selze, wo er am 11. September verhaftet wurde.

Besech erklärte anfangs, daß er keine Mitschuldigen habe. Später gestand er jedoch, daß ihm die Charvat selbst gesagt habe, daß Kopf, Herz und Bauch die verwundbarsten Körperstellen seien. Frau Hanita und ihre Mutter leugnen bisher jede Mitschuld.

Das Verhör.

Als erster wird Besech einvernommen. Er erklärte sich auf die Frage des Richters weinend für schuldig. Sodann erzählte er ausführlich von seiner Kindheit, daß seine Auntsine, Frau Hanita, die Ferien stets im Hause seiner Eltern verbracht habe und daß er sie immer geliebt und angebetet habe. Nach ihrer Heirat im Jahre 1922 habe sie ihn zu einem Osterbesuch eingeladen und habe ihm dann auch seine erste Stelle in Prag beschafft, wo sie ihn wiederholt besucht und ihm erklärt habe, daß sie sich unglücklich fühle. Im Juli 1923 kam er der Hanita nach Brünn nach, doch war sie verreist und suchte ihn dann sofort in Prag auf. Nach einem wiederholten Beisammensein begaben sich die Beiden nach Nolasov und dort erzählte die Hanitova wieder, wie unglücklich sie sei und schlug bei dieser Gelegenheit zum erstenmal dem Besech vor, ihren Mann zu beseitigen. Als „günstige Gelegenheit“ bezeichnet sie die Zeit der Manöver, da die Sache dann „ganz unausföhrlich“ geschehen könne und man leicht einen Unglücksfall würde annehmen können. Am Tage nach diesem verhängnisvollen Gespräch fuhren beide nach Brünn, wo die Charvat Besech in seinem Vorhaben noch bestärkte. Besech kaufte mit der Hanita zusammen einen Revolver und veranstaltete in Anwesenheit der beiden Frauen in der gemeinsamen Wohnung öfters Zielübungen. Besech äußerte öfter, er werde sich nach der Tat selber erschießen und die Hanita billigte ihm noch

die Abschiedsbriefe an seine Eltern und an sie (die Hanita). Nach einem vergeblichen Anlaufe, den Mord am 1. September in Brünn zu vollführen, wurde Besech von den beiden Frauen abermals bearbeitet und fuhr am 3. September auf das Manöverfeld. Er lockte den Hanita unter der Vorspiegelung, er möge zu seiner kranken Frau nach Brünn kommen, aus seinem Quartier und erschloß ihn menschlins auf einseimem Felde. Nach der Tat fuhr er nach Brünn und teilte den Frauen mit, was geschehen sei. Frau Charvat gab ihm hundert Kronen, mit denen er in die Slowakei fahren sollte; die Hanita stellte ihm eine andere Besoldung in Aussicht.

Während Besech der Tat geständig ist, sich aber sichtlich bemüht, die Hauptschuld auf die beiden Frauen abzuwälzen, leugnet die Hanita und ebenso auch ihre Mutter, den Besech in irgend einer Weise zum Mord betrogen zu haben. Besech, mit der Hanita konfrontiert, wiederholt die bereits geschilderte Verantwortung und wird von der Hanita deshalb der Lüge geziehen. Die Hanita behauptet, daß sich Besech entlasten wollte und daß er alles auf sie abzuwälzen trachtete.

Der Verteidiger der Hanita, Dr. Goller, machte auf Widersprüche in der Verantwortung Besechs aufmerksam, die noch nicht geklärt sind.

Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Honzík schließt die Verhandlung, die am 27. Feber fortgesetzt wird.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 26. Feber.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1317'00	1317'00
1 Billion Mark! . . .	7.78'00	7.96'00
100 belg. Franks . . .	129.25'00	130.75'00
100 schweiz. Franks! . . .	608.50'00	611.50'00
1 Pfund Sterling . . .	159.55'00	151.9'00
100 Lire	152.47'50	153.87'50
1 Dollar	35.10'00	35.40'00
100 franz. Franks . . .	151.12'50	152.82'50
100 Dinar	44.05'00	44.55'00
10.000 magyar. Kronen	7.10'00	7.60'00
1.000.000 poln. Mark!	3.42'50	4.22'50
10.000 österr. Kronen .	4.53'00	6.03'00

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kt	Dollar	2.90'50
Zürich 100	Schweiz. Frant	18.76.75
Berlin 1	Mark	122.500.000.000'00

Tages-Neuigkeiten.

Luftverkehr Paris — Prag über — die Schweiz. Dem Pariser „Main“ zufolge soll der Luftverkehr zwischen Paris und Prag auf dem Umwege über die Schweiz und Oesterreich, etwa auf der Linie Paris — Straßburg — Basel — längs des Rheins über Konstanz — Innsbruck und Linz stattfinden. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß im Falle von Notlandungen in Deutschland die Flugzeuge beschlagnahmt werden.

Banknotenfälscher in Tepliz. Durch Zufall wurden bekanntlich vor einigen Tagen in Prerau (Mähren) vier Männer angehalten, von denen einer in einer Tasche 420.000 Kronen falsche Zwanzigkronenscheine mit sich führte. Drei dieser Leute wurden verhaftet, einem gelang es zu entfliehen. Die Nachforschungen haben nun ergeben, daß die Banknotenfälscher aus der Teplitzer Gegend stammen. In Graupen bei Tepliz wurde in einem Keller verborgen eine Art Druckpresse vorgefunden, die zur Herstellung der falschen Banknoten diente. Auch litographierte Platten und einige falsche Noten wurden vorgefunden. Die Fälschungen sind aber so schlecht, daß sie auf den ersten Blick erkannt werden. Im ganzen sind in Graupen und Mariafchein acht Personen verhaftet worden. An der Herstellung der Banknoten sollen im ganzen 20 bis 30 Personen beteiligt gewesen sein.

Der Bahzwang behindert den Fremdenverkehr. Der Landesverband für Fremdenverkehr mit dem Sitz in Karlsbad hat an das Handelsministerium und an das Ministerium des Innern Eingaben gerichtet, in denen auf die große Frequenz der Kurorte Karlsbad, Marienbad, Frangensbad und Tepliz-Schönan in der Vorkriegszeit hingewiesen wird, während in der Kriegszeit und vor allem in der Gegenwart der Zustrom von Fremden fast aufgehört hat. Die größten Hindernisse für den Eintritt gesunder Verhältnisse im Ausflugs- und Touristenverkehre bildet der Paß- und Bismutzwang. Die bisherigen Erleichterungen waren nicht imstande, den Ausflugsverkehr zu beleben. Unter dem Aufhören des Ausflugsverkehrs leiden aber nicht nur die westböhmisches Kurorte und die Grenzorte längs des Erzgebirges, sondern auch die Kurstädte Tepliz-Schönan, Eidschwad, Kuffig, die böhmische Schweiz und das Riesengebirge. Der Landesverband macht auf die ungünstige Auswirkung der bestehenden Erschwernisse im Grenzverkehre aufmerksam und regt an, im Gegenseitigkeitsverhältnisse mit den benachbarten Staaten jeweils für einen Zeitraum von einer Woche für Touristen und Ausflügler den Zwang der Beschaffung des Reisevisums vollständig aufzuheben und den Reisepaß allein als gültiges Ausweisepapier anzusehen. Zum Zweck der Kontrolle wäre beim Grenzübertritte der Vorweis des Passes und die Anmeldepflicht in jeder Uebernachtungsstation, sowie die Meldepflicht beim Grenzübertritte auf der Rückreise einzuführen.

Zweifacher Raubmordversuch. In Bohler bei M-Trübau wurden zwei Frauen, die 80jährige taube

Anna Steiner und ihre 41jährige Tochter Marie, Freitag abends überfallen, schwer verletzt und beraubt. Der Täter, der 26jährige August Klingner, wurde am Tatort, als er flüchten wollte, festgenommen. Die beiden Frauen ringen im Spital mit dem Tode. Der Räuber hatte im ganzen 42 K gefunden.

Aus der Abstinenzbewegung. Der „Ceľstřov. abstinentní spaz“ (Tschechoslowakischer Abstinenzverband) veranstaltete Sonntag vormittags eine öffentliche Aussprache über die Alkoholfrage, die deshalb besonderes Interesse erwecken muß, weil sie die überaus starke Beteiligung der sozialistischen Kreise an der Alkoholbewegung beweist. Die Aussprache, zu der sich einige Hundert Teilnehmer im Hofsäle der tschechischen Technik eingefunden hatten, wurde durch Dr. Kunštobny eröffnet. Nach ihm sprach Dr. Simsa über die Gesundheitsgefährdungen durch den Alkohol, wobei er sich in humoristischer Weise gegen die Vertreter der sogenannten Mäßigkeit wandte. Vom sozialistischen Standpunkte beleuchtete Redakteur Rydlo die Alkoholfrage; seine Ausführungen gipfelten in dem Satz, daß die soziale Revolution nur im Zeichen der Alkoholfreiheit durchgeföhrt werden könne. Frau Landa-Stich behandelte die Alkoholfrage vom Standpunkte der Familie und wandte sich entschieden gegen Prof. Satavas Flugsschrift „Das Bier und die Abstinenzbewegung“. Dann sprach der Vertreter der Gastwirtschaft Tuma über die Unmöglichkeit (?), den Alkoholgenuß auszurotten. Nach ihm kritisierte Red. Křenš die amerikanische Prohibition, der erklärte, daß das Gesetz ein eingepacktes Gesetz und ein Werk der Geistlichkeit und der Erzeuger alkoholfreier Getränke sei und daß es die Interessen der Kapitalisten vertrete, weshalb die Arbeiter (?) in den Vereinigten Staaten gegen das Gesetz seien. Nachdem noch verschiedene Redner über ihre Erfahrungen bezüglich der Schädlichkeiten des Alkoholismus gesprochen hatten, wandte sich Ing. Ubrich gegen die Ausführungen Křenšs, den er auf Grund geföhrlicher Angaben Unwahrheit in der Berichterstattung über die Prohibition vorwarf; das amerikanische Prohibitionsgesetz sei keine Diktatur, sondern sei durch Volksabstimmung beschloffen worden. Die Zahl der Verbrechen seit der Einführung der Prohibition sei gesunken, die letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten hätten nicht mit einer Niederlage, sondern mit dem Siege der Prohibition geendet. Auf eine Zwischenfrage gab Křenš selbst zu, daß die republikanische Partei, die Siegerin in den letzten Wahlen auf ein Prohibitionsprogramm kandidiert habe. Er wies auf die Teilnahme der sozialistischen Parteien im Kampf gegen den Alkohol, auf Engels „Lage der arbeitenden Klasse in England“ und das Eintreten Viktor Adlers für die Abstinenz hin, was wohl im Interesse der Kapitalisten. Dr. Kunštobny erklärte zum Schluß, daß der Umstand, daß man in Amerika trotz der Prohibition trinke, ebenso wenig ein Grund für deren Abschaffung sei, als der Umstand, daß gestohlen werde, für die Aufhebung der Bestimmungen spreche. Nach einem Schlußwort der Frau Landa-Stich wurde die interessante Aussprache nach mehrstündiger Dauer geschlossen.

Das Elend einer kleinen Gemeinde in Deutschland schildert in einem Aufsatz in der „Gemeinde“, der kommunalpolitischen Zeitschrift unserer österreichischen Genossen, sehr anschaulich Viktor Noa, der frühere Redakteur der „Gemeindepolitik“ und jetzige Gemeindevorsteher der thüringischen Gemeinde Gehren. Gerade diese kleinen Gemeinden, in denen aufdringliche soziale Not, Wohnungselend und kommunalpolitische Vernachlässigung früherer Zeiten eine verstärkte Arbeit auf allen Gebieten so dringend notwendig machten, haben unter der Inflation am allermeisten gelitten. Unter ihren Auswirkungen war an irgendeiner Arbeit, an Wohnungsbau, an Verbesserung der Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. überhaupt nicht zu denken. Es ist bezeichnend, daß es die Arbeiterschaft ist, die gerade in diesen kleinen Orten am allergeringsten kommunalpolitischen Interesse zeigt, während in früheren Zeiten Gemeindegemeinschaft nach dem Prinzip der Sparsamkeit ehrenamtlich schlecht und recht nebenbei erledigt wurde. Durch diese Vernachlässigung wird der ganze staatliche Unterbau gefährdet, der auf der Arbeit der Gemeindeverwaltung sich aufbaut. Sehr eindringlich schildert Noa, wie durch energisches Zugreifen es möglich war, neues Leben in die Arbeit zu bringen, die Folgen eines verwitenden Brandes zu überwinden, einen größeren Neubau zu errichten, die Lebensmittelversorgung in die Hand zu nehmen. All diese Arbeit wird freilich nur zu leisten sein, wenn die Arbeiterschaft ihre aufbauenden Kräfte überall mit Energie und unter persönlicher Hingabe in den Gemeinden in die Waagschale wirft.

Die Anzahl der Weltkriegs-Invaliden der einzelnen Staaten. Nach den Mitteilungen des Ministeriums für soziale Fürsorge verteilen sich die durch den Weltkrieg 1914—1918 hervorgerufenen Invaliden laut amtlichem Nachweise der Internationalen Experten-Konferenz in Genf vom Jahre 1923 wie folgt: Deutschland 1.537.000 (vom Jahre 1923), Frankreich 1.500.000 (1920), Großbritannien 900.000 (1923), Italien 900.000 (1922), Rußland 775.000 (1921), Polen 320.000 (1921), Tschechoslowakei 236.000 (1923), Vereinigte Staaten 157.000 (1923), Oesterreich 164.000 (1922), Jugoslawien 164.000 (1921), Rumänien 100.000 (1921), Australien 76.000 (1922), Belgien 50.000 (1923), Kanada 45.000 (1921), Neuseeland 20.000 (1922), Finnland 10.000 (1921). Die Gesamtzahl der Invaliden in allen diesen Staaten bejffert sich demnach auf 6.854.000 Personen.

Die Getreideernte in Deutschland reicht nur für zehn Monate. Nach der Veröffentlichung der Novemberermittlung des Statistischen Reichsamtes sind die Zahlen über die Ertragnisse der deutschen Ernte von 1922 bekannt geworden. In der Erntemenge ist beim Brotgetreide eine geringe Steigerung gegen 1922 eingetreten, gegen 1913 bleibt jedoch immer noch ein Minusmertrag von rund 30 Prozent. Insgesamt kann man damit rechnen, daß die einheimische Brotgetreideernte des Vorjahres unter Berücksichtigung des Konsums auf den Kopf der Bevölkerung knapp für zehn Monate des Wirtschaftsjahres 1923-24 zur Brotversorgung ausreicht wird. Ist es da nicht höchste Zeit, daß endlich einmal der Vergewandung von Brotgetreide zu alkoholischen Getränken in Deutschland durch ein energisches Verbot ein Ende gemacht wird?

Ein Schnupmann als Lustmörder. Aus Berlin wird gemeldet: Unter dem dringenden Verdacht der Lustmord an Frau Hoffmann und ihrer Mutter der Frau Trautmann befangen zu haben, wurde ein Wachtmeister der Schnuppolizei verhaftet, der zwar noch leugnet. Eine kleine Schere, die bei Frau Hoffmann gefunden wurde, wurde aber bereits von mehreren Zeugen als Eigentum des Verhafteten erkannt. Außerdem wurde eine blutige Jacke hinter dem Schrank gefunden.

Schwere Beschuldigungen gegen rumänische Richter. In der letzten Zeit wurden in verschiedenen rumänischen Zeitungen schwere Anschuldigungen gegen hohe richterliche Funktionäre erhoben, denen man Veschlichkeit, Parteilichkeit und Nachlässigkeit in der Ausübung ihrer richterlichen Funktionen vorwarf. Die verschiedenen Vereinigungen der Justizbeamten haben sich mit diesen Anschuldigungen beschäftigt. Sie fordern die Einleitung einer strengen Untersuchung und die exemplarische Bestrafung der Schuldigen. Diese Vorfälle sind auch im Parlament zur Sprache gebracht worden. Der Justizminister hat eine Kommission zur Durchführung der Untersuchung ernannt. Der Präsident des Kreisgerichtes von Ranu ist bereits seines Amtes enthoben worden, da ihm nachgewiesen wurde, daß er bei der Durchführung der Bodenverteilung Bestechungsgelder angenommen habe.

Italiens Maßnahmen gegen den Alkohol. Die italienische Regierung scheint es mit dem Kampf gegen den Alkohol sehr ernst zu nehmen. Im Ministerrat wurde eine Verordnung angenommen, die die Zahl der Schankstätten erheblich vermindern soll. Anstatt wie bisher auf 500 Einwohner soll jetzt erst auf 1000 Einwohner eine Schankstätte kommen. Den überzähligen Wirtschaften soll die Konzession beim Tode des Besitzers oder beim Erlöschen des Geschäftes entzogen werden. Die Gasthäuser, die nur alkoholische Getränke ausschenken, dürfen in der Woche nicht vor zehn Uhr und an Sonntagen nicht vor elf Uhr aufmachen; während des Sommers haben sie um elf Uhr nachts während des Winters um zehn Uhr nachts zu schließen.

Weintrauben als Hausobst. Die Landwirtschaftlichen Statistiken der französischen Regierung des Jahres 1920, die soeben veröffentlicht sind, ergeben, daß von der französischen Weinernte nur 41,075,000 Kilogramm als Früchte verkauft wurden (pro Kopf ein Kilogramm), dagegen sind zu gleicher Zeit 753,600,000 Kilogramm zu Wein vergoren worden (pro Kopf 20 Kilogramm). Angesichts dieser Verschwendung von Früchten zu Alkohol nimmt es nicht Wunder, wenn Clemenceau erklären muß: „Entweder wird Frankreich zu Maßnahmen gegen den Alkohol greifen wie Schweden und Norwegen, oder es wird aufhören, eine Rolle unter den Großmächten zu spielen.“ Amerika hat im vorigen Jahre 10,250,000 Zentner Trauben geerntet, von denen nur ganz verschwindend wenig heimlich vergoren werden konnten. Es hat 51,254 Waggons mit Trauben versandt, d. h. 15,000 mehr als im Vorjahre. Von den Besitzern der Fruchtfabriken wurden für eine Tonne 65 Dollar bezahlt, während die Weinfabrikanten vor dem Alkoholverbot nicht einmal 25 Dollar für die Tonne bezahlten. Die frische oder getrocknete Traube ist zum Hausobst geworden. Obgleich von der ganzen Ernte auf jeden Einwohner zehn Pfund kamen, herrscht doch noch eine rege Nachfrage, so daß der Hafen von Patras (Griechenland) allein im Mai 18,713 Bruttotonnen getrockneter Trauben nach den Vereinigten Staaten verladen konnte.

Der Schmuggelhandel an der russischen Grenze. Das amtliche Wirtschaftsorgan der Sowjetregierung, die „Ökonomische Welt“, unternimmt einen interessanten Versuch, um die Bedeutung des Schmuggelhandels für Rußland festzustellen. Vor dem Kriege nahm man an, daß von zehn Schmugglern einer auf frischer Tat ertappt wird. Heute dagegen meint die Zeitung, habe sich dieses Verhältnis wesentlich geändert. Erstens sei der Grenzschutz bedeutend schwächer als vor dem Kriege, und es gelinge viel leichter, die Schmuggler zu verhaften. Zweitens besteht bekanntlich in Rußland ein Außenhandelsmonopol, und Privathändler, die ihre Ware sonst ruhig über das Zollamt führten, versuchen jetzt, die Waren über die Grenze zu schmuggeln. Man muß also heute davon ausgehen, daß höchstens von 30 Schmugglern einer ertappt wird. Nun hat man aber im vorigen Jahre 28,335 Schmuggler an der Grenze verhaftet und der Wert der bei ihnen konfiszierten Waren belief sich auf etwa zwei Millionen Rubel. Multipliziert man diese Zahl mit 30, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Schmuggelhandel bei der Einfuhr sich im vorigen Jahre auf etwa 60 Millionen und bei der Ausfuhr auf 13 Millionen Goldrubel belief. Dagegen hat die Zollamtlich erfasste normale Einfuhr in dem gleichen Zeitraum 148 Millionen

und die Ausfuhr 133 Millionen betragen. Der Schmuggelhandel belief sich also auf 40 Prozent der normalen Einfuhr und zehn Prozent der normalen Ausfuhr. In den letzten Monaten wurde oft darauf hingewiesen, daß der russische Außenhandel wieder zum alten System der aktiven Handelsbilanz zurückkehre. Die amtlichen Zahlen des Außenhandels scheinen dies zu bestätigen. Berücksichtigt man aber auch den Schmuggelhandel, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der russische Handel sicher auch heute noch passiv ist. Durch den Schmuggelhandel erleidet Rußland auch große finanzielle Verluste. In dem erwähnten Artikel wird berechnet, daß der Staat an Zöllen allein über 20 Millionen Goldrubel eingebüßt hat.

Schwere Explosion in Frankfurt a. M. In einem Hause in der Wegergasse in Frankfurt am Main, hat sich eine schwere Gasexplosion ereignet, die außerordentlichen Schaden verursachte. Durch den Luftdruck wurde die Wand des Erdgeschosses hinausgeschleudert. Die oberen Stockwerke mit den Wohnungseinrichtungen waren in einem Augenblick in ein Chaos verwandelt. Die meisten Hausbewohner wurden verletzt. Etwa acht Schwerverwundete wurden den Krankenhäusern zugeführt. Vier andere Häuser derselben Straße mußten wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Die Wohnungseinrichtungen in diesen wurden vollständig zerstört. In weitem Umkreis wurden viele Fensterscheiben und Türfüllungen eingedrückt. Der Gefanischaden steht bisher noch nicht fest.

Für den Erstant gibt es keine Staatsgelber. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung beschlossen, die Mohammedaner der ganzen Welt in einem Appell aufzufordern, Kapitalien für die Zivilliste aufzubringen, auf die der Kalif in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Gläubigen Anspruch habe.

Schwere Zusammenstöße in Barcelona. „Le Journal“ meldet aus Barcelona: Die Polizei belagerte in einem Hause die Syndikalistens, welche vor kurzer Zeit die Filiale der spanischen Bank in Gijon angegriffen haben. Die Polizei wurde mit Revolvergeschüssen empfangen und mußte ebenfalls von der Waffe Gebrauch machen. Zwei Syndikalistens wurden getötet. Zu gleicher Zeit kam es zu Zusammenstößen zwischen Syndikalistens und Militär an einer anderen Stelle, wobei ein Syndikalist getötet und drei Personen, nämlich ein Soldat und zwei Passanten schwer verletzt wurden.

Eine neue faschistische Heldentat. In Mailand ist das faschistische Wochenblatt „Popolo di Lombardia“, das für einige aus der Kandidatenliste ausgeschlossen und darum aus der Partei ausgeschlossene faschistische Führer, die gegen die Partei Stellung genommen hatten, eintrat, von den Faschisten besetzt, die Zeitung entfernt und eine neue eingefetzt worden.

Ein Opfer der Ukrainerverfolgungen in Ostgalizien. Freitag vormittag beging in Lemberg Frau Olga Bessarabova, die Witwe nach einem Advokaten, die bei den letzten Verhaftungen von Ukrainern in Lemberg gleichfalls ins Gefängnis eingeliefert worden war, Selbstmord. Die ukrainischen Advokaten haben gegen die Lemberger Polizei die Strafanzeige erstattet und verlangen die Exhumierung der Leiche.

Wilson's Testament. „Zeit Journal“ meldet aus Washington, daß Blättermeldungen zufolge Präsident Wilson in seinem Testament sein ganzes Vermögen, in der Höhe von 225,000 Dollar, seiner Gattin vermacht hat, ausgenommen eine Jahresrente von 2500 Dollar für seine Tochter bis zu ihrer Verheiratung.

Vom mexikanischen Guerillakrieg. General Lopez hat die Aufständischen bei Paso del Macho, westlich von Veracruz, geschlagen. Die Aufständischen haben 150 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Drei ihrer Führer wurden gefangen genommen, vor ein Kriegsgericht gestellt und hingerichtet.

Abenteuerliche Fahrt eines deutschen Seglers. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ist der Hamburger Segler „Daxal“, mit dessen Verlust stark gerechnet werden mußte, weil er bereits länger als ein Vierteljahr überfällig war, nach einem Telegramm in Chingwantaw eingetroffen. Der Segler hat für die Reise von der Bali-Passage bis Chingwantaw 121 Tage gebraucht, das ist 13 Tage mehr, als jemals unter den schwierigsten Verhältnissen für diese Reise benötigt wurden.

Die heilige Lina von Padua. Der „Corriere della Sera“ erzählt von der 35jährigen Bäckerin Lina Salvagnini, die in Padua, der Stadt, die der Welt bereits den heiligen Antonius geschenkt hat, als wundertätige Heilige gilt. Lina's Schwager, Don Baraccuella, war von der Heiligkeit seines Schwagers so sehr überzeugt, daß er ihr die Leitung eines kleinen Waisenhauses, das er gegründet hatte, anvertraute. Hier betätigte sich Lina besonders als wundertätige Köchin, die, wenn es an Nahrungsmitteln mangelte, durch ihr Gebet, die Vervielfältigung der Speisen bewirkte. Es mag aber auch sein, daß die Speisen auf weniger wunderbare Weise in die Vorratskammern kamen. Viele Leute, die kamen, um sich von der Heiligen helfen oder weisungen zu lassen, brachten nämlich Beschenke mit. Das Wunderbarste an den Prophezeiungen der heiligen Lina war, daß sie, obwohl sie nie eintrafen, Glauben sanden. Einem Mädchen hatte die heilige Köchin angeraten, die vom Arzt verschriebenen Arzneien wegzuworfen und die Heilung nur von Gott zu erwarten. Das Mädchen starb, aber der Glaube an die Prophezie wurde nicht erschüttert. Zu den Gönnern Lina's gehörte auch der Kanonikus Bellincini. Er veröffentlichte eine Schrift, in der er darlegte, daß sie überirdische Gaben besäße, und sich auch auf

das Zeugnis medizinischer Kapazitäten berief. Als richtige Heilige wies Lina sogenannte Stigmata auf, rote Flecke an den inneren Handflächen, die in irgendeiner mystischen Beziehung zu den Wundmalen Christi stehen sollen; es können aber auch Spuren von Verbrennungen mit dem Bügelleisen sein. Der Bischof von Padua war von dem heiligen Treiben der Bäckerin nicht entzückt. Es schien ihm wohl sicherer zu sein, für die unkontrollierbaren Wunder des heiligen Antonius Glauben zu verlangen, als für die kontrollierbaren der heiligen Lina. Er veranlaßte eine Untersuchung des Falles durch das Santa Uffizio in Rom, und dieses hat längst dem Heiligensputz dadurch ein Ende gemacht, daß es den Geistlichen, welche die heilige Lina protegierten, eine Rüge erteilte. Wahrscheinlich schon wegen der großen Konkurrenz...

Eine Bürgermeistersfunktion, die sich seit 125 Jahren vererbt. In der Stadt Salles im Departement Loire wird seit dem Jahre 1800, d. h. seit der Organisierung der Bürgermeistämter in Frankreich, dieses Amt von Mitgliedern ein und derselben Familie versehen, nämlich der Familie Coste aus Lyon, die die Funktion des Bürgermeisters seit 125 Jahren vom Vater auf den Sohn vererbt hat.

Wetterübersicht vom 26. Feber. Das Tiefdruckgebiet wandert um die Westgrenzen der Republik herum nach Süden. In Böhmen fiel gestern Schnee, östlich davon ist es heiter, verbunden mit strengen Frösten, ähnlich wie am Montag Oravitz Podjomol - 21 Grad Celsius. - Wahrscheinlich es Wetter von heute: Abnahme der Bewölkung und Niederschläge, Andauern der Fröste, schwache Ostwinde.

Ich wünsche eine Arbeiterregierung, die die Schäden wieder gut machen soll, die den Deutschen, dem Denken, der Erziehung und der Politik unseres Volkes seit 1914 zugefügt worden sind. Ich wünsche alle Kräfte zu befruchten, die für den Frieden, für das Glück und für die Zufriedenheit der Menschen ausgefetzt worden sind.

Ramsay MacDonald.

Gerichtssaal.

Ein Brechprozeß des Abgeordneten Brodecky.

Brag, 26. Feber. Vor dem Schwurgericht hatte sich Montag und Dienstag der verantwortliche Redakteur der tschechischen nationalsozialistischen Eisenbahnerzeitung, Otto Wünsch, zu verantworten. Wünsch veröffentlichte im August 1921 einen Artikel, in dem dem Abgeordneten Brodecky, dem Sekretär der tschechischen Eisenbahnerunion, vorgeworfen wurde, daß er den Vorstand der Eisenbahnerunion dazu veranlaßt habe, ihm für den Fall des Verlustes seiner Stelle die Anzahlung einer Abfindung in der Höhe von 250.000 K. zu beschließen. Abgeordneter Brodecky fühlte sich hiedurch in seiner Ehre verletzt und klagte den verantwortlichen Redakteur der nationalsozialistischen Eisenbahnerzeitung, Der Angeklagte erklärte, für die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen die Verantwortung zu übernehmen. Die von Wünsch geführten Zeugen, die der nationalsozialistischen und der kommunistischen Partei angehörten, sagten beistehend für Brodecky aus, während die von Brodecky gestellten Zeugen, die meistens der tschechischen sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörten, die Tätigkeit Brodecky's rühmten, in seinem Antrag eine ganz berechtigte Forderung erblickten und den tatsächlich gefassten Beschluß als Ausdruck der Anhänglichkeit für den langjährigen Mitarbeiter bezeichneten.

Am zweiten Verhandlungstage hielten die Vertreter der beiden Parteien, Dr. Meiner und Dr. Bah, ihre Plädoyers, worauf noch der Kläger Brodecky und der angeklagte Redakteur Wünsch sprachen. Nach dem Refusum des Vorsitzenden Landesgerichtsrates Pudil lehnten die Geschworenen die gestellten Schuldfragen ab und der Senat sprach den angeklagten Redakteur Wünsch frei.

Erinnerungen aus der westböhmischen Arbeiterbewegung.

Von Gustav Kränkel, Tepliz-Schönan.

Die Anfänge der Presse. - Die ersten Versammlungen.

Mit dem Zeitungswesen, der sozialistischen Presse, war es damals noch schlechter bestellt. Die einzige Parteizeitung, die in Westböhmen sie und da angetroffen wurde, war die „Zukunft“, die von einigen beherzten Genossen aus der Schweiz eingeschmuggelt wurde. So eine Nummer dieser Zeitung austauschte, riß man sich um sie. Später erst erschienen die „Gleichheit“ in Wiener-Neustadt, der „Volkstreue“ und die „Arbeiterstimme“ in Brünn, in Reichenberg der „Freigeist“, und in Aussig der „Gesellschaft“. Vorher gelangten zu uns ab und zu auch einige Nummern der von Josef Schiller in Reichenberg herausgegebenen „Radikalie“. Diese Blätter konnten nur vierzehntägig erscheinen, denn es bestand die bekannte Bestimmung im österreichischen Pressegesetz, die jede Zeitung, welche öfter als dreimal im Monat erschien, mit dem sogenannten Zeitungstempel, einer Steuer in der Höhe eines Viertels des Blätterpreises belegte; außerdem war für solche Blätter auch noch eine Kaution zu erlegen, alles Bestimmungen, die ein armes Arbeiterblatt nicht erfüllen konnte. Man griff also zu einer Ausflucht, denn die Gesetze waren damals da, um übertritten zu werden: Man gab die vordem bezeichneten Zeitungen dreimal im Monat heraus, die vierte Aus-

gabe im Monat kennzeichnete man als ein anderes Blatt, indem man einfach den Artikel vor dem Titel vorsetzte, also „Die Gleichheit“, „Der Freigeist“, „Der Volksfreund“ usw. Die Häter des Gesetzes konnten gegen diese Umgehung nichts unternehmen, denn die Zeitungen trugen ein anderen Namen, wenn sie auch schließlich in derselben Gestalt erschienen.

Auch bei uns in Westböhmen machte sich die Herausgabe einer eigenen Zeitung bald bemerkbar und war es besonders Genosse Vili, der eifrig an der Durchführung dieses Planes arbeitete. Da er selbst noch nicht großjährig war, also nach den pressegesetzlichen Vorschriften nicht verantwortlicher Redakteur sein konnte, wurde in der Person eines gewissen Anton Reznicek der „Verantwortliche“ gefunden. Eine in Elbogen abgehaltene Parteikonferenz beschloß die Herausgabe eines zunächst alle vierzehn Tage erscheinenden Blattes, das den Titel „Morgenröte“ führen sollte. Der Beschluß war gefaßt, das Personal zur Verwaltung des Blattes gefunden, da stellte sich ein neues großes Hindernis der Durchführung entgegen: In ganz Westböhmen fand sich kein Drucker, der die Herstellung der Zeitung übernommen hätte. Sämtliche Druckereiprincipale bekamen es mit der Angst zu tun. Endlich gelang es uns in Raabitz, also ziemlich weit vom Schuß, einen Drucker aufzutreiben. Die „Morgenröte“ erschien endlich allerdings in Antiquaschrift. Sie konnte sich keines langen Daseins erfreuen, nach Erscheinen einiger Nummern mußte sie, finanzieller Schwierigkeiten wegen, eingestellt werden. Ihr Redakteur Reznicek begab sich in die Schweiz und man hat nie mehr etwas von ihm gehört.

Nach einiger Zeit wurde die ebenfalls vierzehntägig erscheinende „Volkswacht“ in Fischern herausgegeben. Für die Finanzierung des Blattes hatte sich ein Genosse gefunden, der es sich nicht nehmen ließ, seine ersparten Gulden diesem Unternehmen zuzuwenden. Dieser Mann, namens Enisch, kann also als eigentlicher Begründer der westböhmischen Arbeiterpresse angesehen werden. Seine Gemeinnützigkeit, die er im Interesse der Sache an den Tag legte, war unbegrenzt. Für die Redaktion der „Volkswacht“ zeichnete Johann Haberfellner aus Fischern. Das Blatt konnte sich dort nicht lange halten und übersiedelte nach Gager, wo es in der Bindergasse beim „alten Grimm“ sein armseliges Heim aufschlug. Der ganze Werdegang der „Volkswacht“ ist ein einziger Leidensweg und Haberfellner und Enisch haben ihn voll ausgekostet. Beide sind dann bald gestorben; ihr Name bleibt aber mit der Geschichte der Partei eng verflochten.

Aus der „Volkswacht“ entstand dann der „Volkswille“ in Falkenau a. G., der heute noch als Westböhmens größtes Tagblatt in Karlsbad erscheint. An ihm waren tätig als Redakteure Franz Vili und Josef Dobiasch. Der letztere, ein gewesener Mönch, kam um das Jahr 1893 nach Falkenau. Er war ein äußerst wirksamer Versammlungsredner und hatte sich durch seine entgegenkommende Art bald das Vertrauen im ganzen Kreisgebiete erworben.

Inzwischen kam in Wien, von Dr. Adler begründet, die „Arbeiter-Zeitung“ heraus. Sie erschien zunächst nur als Wochenblatt und fand bald den Weg hinaus in die gesamte Provinz. Unter der vortrefflichen Leitung Dr. Adlers wurde sie zum Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie. Die „Arbeiter-Zeitung“ zeigte in klarer Form bereits Weg und Ziel des Sozialismus. Sie war die anerkannte geistige Führerin im Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft geworden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vermittelte aber auch der Provinz die Bekanntschaft mit jenen Genossen in Wien und Niederösterreich, die damals als die Führer der Bewegung galten. Als solche können genannt werden: Neben Dr. Adler, Julius Popp, Wilhelm Pokorny, Ludwig Brettschneider, Jakob Neumann, Hans Resel aus Graz u. n. a. Wir traten durch regen Briefwechsel in nähere Beziehungen zu den Wienern und im Laufe der nächsten Zeit kamen diese auch öfters als Referenten zu unseren Versammlungen.

Ich berief im Jahre 1890 die erste große Versammlung in Graslitz ein. Bisher hatten wir noch keine Gelegenheit gehabt, einen auswärtigen Redner zu hören und hatten uns immer in den kleinen Versammlungen selbst geholfen. Nun wollten wir aber einmal mit einem Schlager vor die Öffentlichkeit treten. In der Annahme, daß die Behörde die Anzeige von einer allgemein zugänglichen öffentlichen Volksversammlung nicht zur Kenntnis nehmen wird, berief ich diese große Versammlung auf Grund des Paragraphen zwei des Versammlungsgesetzes mit Beschränkung auf geladene Gäste ein. Die Präsenzliste der Eingeladenen wies über 400 Personen auf, die alle eingeladen wurden und zumeist auf alle an dem betreffenden Sonntagnachmittag in dem Versammlungslokal „zum Schmiedmeister“ erschienen. Die erste Volksversammlung war ein großes Ereignis für Graslitz. Als Referenten hatte ich den Genossen Jakob Neumann aus Wien und Haberfellner aus Fischern bestellt. Beide waren auch gekommen. Als ich sie vom Bahnhofe Unter-Graslitz abgeholt hatte und mit ihnen das Versammlungslokal betrat, wogte es darin von Menschen. Im Saale waren keine Sitze aufgestellt und die Menge stand dicht beisammen. Als ich nun die Versammlung eröffnen wollte, trat auf mich der Kommissär der Bezirkshauptmannschaft, Jucza, zu und fragte mich, ob ich, wie es das Gesetz verlange, auch alle Anwesenden persönlich kenne. Ich bejahte dies, konnte ich mich doch damals einer großen Personenkenntnis in Graslitz als auch der Umgebung rühmen. Der Kommissär machte einige Stichproben, nahm den uns zunächst Stehenden die Einladungen ab und fragte mich nun, wie diese Personen heißen. Da ich vier bis fünf Personen nicht gleich nach ihrem

Schreibnamen herfragen konnte, erklärte Kommissar Jucza die Verammlung für aufgelöst. Der Saal mußte sofort geräumt werden, was eine ungeheure Erregung hervorrief. Mit Neumann und Haberfellner hielten wir dann im engen Kreise eine interne Besprechung ab.

So schlug das erste Debit einer großen Verammlung in Graslitz fehl, aber das Vorgehen der Behörde hatte die Bevölkerung stutzig gemacht. Ich wurde daraufhin angeklagt und hatte mehrere Einvernahmen vor dem Bezirksgerichte in Graslitz und zuletzt die Verhandlung vor dem Egerer Kreisgerichte, wo ich schließlich freigesprochen wurde, weil ich vor allem nachweisen konnte, daß ich eine ordnungsgemäße Präsenzliste der Einzeladonen hatte. Kommissar Jucza, der in den gerichtlichen Verhandlungen als Belastungszeuge gegen mich auftrat, gab sich redlich Mühe, mich gehörig hineinzulegen, was ihm aber nicht gelang.

Es sei mir gestattet, hier noch einiges über diesen politischen Beamten zu sagen. Kommissar Jucza strengte sich im Anfange seiner politischen Laufbahn in Graslitz sichtlich an, der Ausbreitung unserer Idee mit allen Mitteln entgegenzutreten, er löste uns später die Verammungen auf, da er zumeist immer als überwachender Beamte bei uns erschien, aber gar bald ging mit dem Mann eine Wandlung vor sich, er zeigte für unsere Bestrebungen Sympathie, so daß er schließlich im Gasthause „Damm“, wo er wohnte, unter den dort verkehrenden bürgerlichen Gästen geradezu als Agitator für unsere Sache auftrat. Wir hatten also auch hier eine gewisse Erziehungsarbeit geleistet. Nach mehreren Jahren traf ich Herrn Jucza als Bezirkshauptmann in Tachau in einer Meißnerverammlung. Wir begrüßten uns als alte Bekannte freundschaftlich und ich hätte damals das Planc vom Himmel reden können, Jucza hätte mich nicht unterbrochen. (Schluß folgt.)

ohne weiters vergleichbar. Oesterreich-Ungarn bot förmlich den Typus einer selbstgenügsamen Binnenwirtschaft. Neben dem großen heimischen, durch Zollmauern abgeschlossenen inneren Markt, spielte der Außenhandel nur eine bescheidene Rolle. Die Tschechoslowakei ist darin gerade das Gegenteil. Aber alle handelspolitischen Erschwerungen des Verkehrs — an denen die Prager Regierung mit am meisten Schuld trägt — setzt sich die sudetenländische Industrie mehr und mehr durch. Daß Oesterreich und alle anderen Nachfolgestaaten zusammen nur 37 Prozent der tschechoslowakischen Ausfuhr aufnehmen, zeigt überdies, daß sich die Tschechoslowakei wirtschaftlich in überraschend hohem Maße schon von der Schicksalsgemeinschaft mit ihren alten Staatsgenossen emanzipiert.

Die Währungsreform in Rußland.

Am 15. Feber 1924, genau drei Monate, nachdem in Deutschland die Papiergeldpresse ihre Tätigkeit einstellte, hat auch in Rußland die weitere Ausgabe des Papiergeldes aufgehört. Die nunmehr in Angriff genommene Währungsreform hat auch sonst manches von Deutschland gelernt und in einzelnen Punkten wird versucht, das deutsche Beispiel nachzuahmen. An Stelle des alten Papiergeldes kommt jetzt ein neues wertbeständiges Geld in Umlauf, der „Schapschek“. Von diesem Gelde ist ein Betrag von 20 Millionen Goldrubel in Umlauf gesetzt worden. Die Höchstgrenze für die Emission des neuen Geldes ist heute 150 Millionen Rubel. Es sind ferner im Umlauf 300 Millionen Rubel Tschernowez-Geld, das seine Wertbeständigkeit annähernd aufrecht erhalten hat. Die neuen Schapschekne dürfen höchstens die Hälfte der Tschernowez-Umlaufs betragen.

Die Wertbeständigkeit des neuen Geldes hängt vor allem davon ab, ob es der Regierung bis zu diesem Zeitpunkte gelingt, den Etat zu balanzieren. Der Etatsetat für das laufende Finanzjahr sieht ein Defizit von 400 Millionen Goldrubel vor. Die ersten Monate des laufenden Etatsjahres haben aber den Zeichen einer schlechten wirtschaftlichen Konjunktur gestanden, und die Einnahmen waren geringer, als vorgeesehen wurde. Die ordentlichen Einnahmen haben gegenüber dem Etatsvoranschlag ein Minus von 25 Millionen ergeben. Auf der anderen Seite mußten die Zuschüsse für die staatlichen Großbetriebe außerordentlich erhöht werden. Um diesen Mißständen zu begegnen, gab man eine ungeheure Masse von Papiergeld aus. Der Papiergeldumlauf schwoll in folgendem Tempo an:

Table with 2 columns: Date (1. Juli 1914, 1. März 1917, 1. Jan. 1918, 1. Jan. 1920, 1. Jan. 1922, 1. Jan. 1923, 1. Jan. 1924) and Amount (1.600 Mill. Rubel, 11.800, 37.300, 225.300, 17.500.000.000, 2.000.000.000.000, 178.000.000.000.000).

Die Entwertung des Papiergeldes mußte unter diesen Verhältnissen so rapide vor sich gehen, wie man es bisher nur noch in Deutschland gekannt hat. Diese katastrophale Entwertung hat die Regierung schließlich veranlaßt, den weiteren Druck des alten Papiergeldes einzustellen und den Versuch einer Stabilisierung der Valuta zu unternehmen.

In Deutschland waren es in starkem Maße die außenpolitischen Verhältnisse, die den Sturz der Mark verursachten. Nachdem nun die Lage an der Ruhr sich geändert hat, hat Deutschland die Möglichkeit gewonnen, die neue Papiervaluta, die Rentenmark, aufrecht zu erhalten. Nicht ganz so liegen die Verhältnisse in Rußland. Daß der russische Etat ein großes Defizit aufweist, liegt nicht an äußeren, sondern an innenpolitischen Ursachen. Die Unwirtschaftlichkeit und der Bürokratismus der kommunistischen Wirtschaftsorgane und die unerfüllbaren Aufgaben, die der Staat auf sich genommen hat, verursachen ein Defizit im Etat, das bisher nur durch Herausgabe von Papiergeld gedeckt wurde. Um hier Abhilfe zu schaffen, mühte nicht nur eine bedeutende Aenderung der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Verhältnisse in Rußland herbeigeführt werden.

Der Kohlenrat hielt am 26. Feber 1924 seine Plenarversammlung ab, an der auch Handelsminister Rival teilnahm. Der Vorsitzende, Sektionschef Dr. Fischer, gab zunächst einen Bericht über die Kohlenwirtschaft in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1923. Der Sekretär des Kohlenrates, Ministerialrat Dr. Kurz, berichtete sodann über die Verhandlungen im Presseauschuß des Kohlenrates vom 18. bis 22. Jänner 1924. In der sich hieran anschließenden Debatte über die vom Presseauschuß angenommenen Resolutionen beteiligten sich unter anderem Abgeordneter Genosse Pohl, der her-

vorhob, daß die Verbilligung der Kohle in der Verabschließung der Preise der Industrieprodukte nicht zum Ausdruck gelangt sei. Bei der Abstimmung wurden diese Resolutionen mit großer Mehrheit angenommen. Der Vorsitzende schloß hierauf die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Funktionsperiode des Kohlenrates am 8. März 1924 erlischt und daß in der nächsten Zeit der neue Kohlenrat gebildet werden wird.

Ueber die Aktien- und öffentlichen Banken in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1922 veröffentlichte Daten die soeben erschienene Nummer 1 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Darnach gab es in den böhmischen Ländern im erwähnten Jahre im ganzen 40 Aktiennbanken (i. J. 1919 hieß 27) mit 1.906.4 Millionen Kč Aktienkapital (i. J. 1919 914.4 Mill. Kč) mit Reserve- und anderen Fonds 892.6 Mill. Kč (378.5 Mill. Kč). Die Einlagen auf Einlagebücher und Kassenscheine betragen 5.802.1 Mill. Kč (1.224.1 Mill. Kč), Kreditoren und sonstige Passiva im ganzen 19.589.7 Mill. Kč (9.767.3 Mill. Kč). 36 (27) Aktiennbanken wiesen einen Gewinn von 291.5 Mill. Kč (85.8 Mill. Kč) auf, vier Anstalten einen Verlust von 559.7 Mill. Kč (—) Banken ohne Aktienkapital gab es im Jahre 1922 neun (i. J. 1919 neun), mit einem Betriebsgrundfonds von 40 Mill. Kč (20 Mill. Kč). Alle neun Banken wiesen im Jahre 1922 einen Gewinn von 2.1 Mill. Kč auf (i. J. 1919 haben vier Anstalten mit einem Gewinn von 0.4 Mill. Kč, fünf Anstalten mit einem Verlust von 2.5 Mill. Kč abgeschlossen).

Die deutschen Werstarbeiter im Kampfe um den Achttundentag. Die Situation in den Hamburger Werften ist ernst. Die Arbeiterschaft hat den Schiedspruch abgelehnt, mit welchem die neunstündige Arbeitszeit bei Lohnerhöhung eingeführt wurde. Nach Ablauf der achttündigen Arbeitszeit verließen die Arbeiter die Werften. Die Werbesteher beschlossen alle diejenigen, die den verbindlichen Schiedspruch über die neunstündige Arbeitszeit nicht anerkennen, als vertragsbrüchig fristlos zu entlassen. Aus Kiel wird gemeldet, daß außer den Krupp- auch die Howaldtwerften geschlossen wurden. Die Arbeiter in Flensburg haben sich gleichfalls gegen die neunstündige Arbeitszeit ausgesprochen.

Der Streik der Berliner Mühlenarbeiter. Zur Verlesung des Streikbeschlusses der Berliner Mühlenarbeiter hatte der Schlichter für Groß-Berlin, Reichstagsabgeordneter Wissell, die Parteien gestern zu Verhandlungen geladen; die Arbeiter lehnten jedoch den Schlichter ab, der aber trotzdem die Parteien für heute nachmittags zu neuen Verhandlungen vor der Schlichtungskommission geladen hat. Auf Anordnung des Wehrkreis-Kommandos sind weitere fünf Betriebsräte festgenommen worden, so daß sich jetzt insgesamt 16 Funktionäre der Streikenden in Schutzhaft befinden.

Kunst und Wissen.

„Der Schaggräber.“ Zweite Folge. Zweifelslos rückt das wiederholte Anhören dieser Oper ihre musikalischen Schönheiten in ein intensiveres Licht, das namentlich die lyrischen und ekstatisch-erotischen Stellen der Schred'schen Musik grell beleuchtet. Aber auch die Schwächen und teilweisen Unmöglichkeiten der Textvorlage der Oper treten bei öfterem Genuße des Werkes schärfer zutage. In der montägigen Aufführung sang der Karlsruher Tenor Schöffel den Sänger und Schaggräber Elis. Hoffentlich wirklich nur zur Aushilfe und nicht mit Engagementabsichten. Denn Herr Schöffel hatte schon bei seinem vorjährigen Gastspiele wenig Glück und hat auch diesmal nicht zu überzeugen vermocht; weder dastellerisch noch gefanglich. Seine schauspielerische Auffassung des Sängers Elis entspricht mehr draufgängerischem Junkturum als gewinnendem Spielmannsdwesen, und gefanglich stützt er sich infolge Mangels an Ton, Modulationsfähigkeit und Schmelz des verbrauchten Organes auf den übertrieben akzentuierten Sprechgesang. So blieb der Lichtpunkt der durch allgemeine Stimmindisposition beeinträchtigten Aufführung Zemlinskys glutvolle musikalische Interpretierung.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Premier „Von Morgens bis Mitternacht“;

Advert for 'Laden Vints!' featuring a new German weekly magazine 'Laden Vints!' published by Volksbuchhandlung Kremler & Co. in Vienna, Theresienplatz 18-20.

Advert for 'Bibliotheken' (libraries) for organizations, clubs, and schools, provided by Ernst Sattler in Karlsbad.

morgen Donnerstag „Von Morgens bis Mitternacht“; Freitag halb 8 Uhr Männergesangsverein, Konzert „Deutsches Requiem“, nachts zehn Uhr Gastspiel Intimes Theater Berlin; Samstag „Der Betler aus Dingoda“; nachts 10 Uhr Gastspiel Intimes Theater Berlin; Sonntag nachmittags „Im weißen Röhl“, abends neuinstudiert „Tausend und eine Nacht“; Montag „Das Lied von der Erde“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends und Sonntag 3 Uhr „Don Pasquale“; morgen Donnerstag „Dorine und der Zufall“; Freitag Vorstellung des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten „Bauwau“; Samstag „Die Flamme“; Sonntag abend „Papa“.

Vorträge.

Die Sonne als Heilfaktor. Dr. Rudolf Kuh, der Prager Orthopäde, hielt in der Urania einen Vortrag über Syphilis, die Schweizerische Sonnenheilstätte, die zu den berühmtesten Orten der Welt gehört in der Behandlung der Knochentuberkulose mittels Sonnenbestrahlung. An Lichtbildern werden die großen Erfolge gezeigt. Die Behandlung ist vorsichtig und progressiv; und diese Vorsicht wird auch bei Entlassung der Patienten geübt, in dem die Patienten erst allmählich den Kontakt mit dem praktischen Leben wiedergewinnen. Koller hat zu diesem Behufe Refonaleszentenhäuser errichtet mit Arbeits- und landwirtschaftlichen Kolonien. In diese Heime werden auch Kinder untergebracht, die zur Tuberkulose prädisponieren. Die moderne Wissenschaft hat mittelst Röntgenbild einwandfrei festgestellt, daß die Tuberkulose eine Kinderkrankheit ist, die rechtzeitig erkannt und abgewehrt werden kann. Die Reime zur Tuberkulose werden schon in zarter Kindheit erworben, bis zum Pubertätsalter müssen 90 Prozent der Kinder der Tuberkulose ihren Tribut zollen. Die Kinder werden hier in den Schulen an der Sonne unterrichtet, außerdem verbringen sie ihre Zeit hier zwischen Atemübungen, mäßigem Sport, Gartenarbeiten etc. Der Vortragende plädiert dafür, daß auch wir in der Hygiene unseres Lebens der Sonne einen breiteren Raum gewähren als bisher, speziell gilt das für die heranwachsende Jugend. Während die reichen Kinder ihren Körper am Balkon ihres Hauses, oder im Garten, im Hof, den Sonnenstrahlen aussetzen können, oder durch eine Reise an die See oder ins Gebirge, muß dem armen Kinde durch die Schule Gelegenheit geboten werden, die heilsamen Strahlen der Sonne in sich aufnehmen zu können, durch Unterricht an der Sonne, unbefleidet, in Parkanlagen, Schrebergärten etc. Nur auf diese Weise kann ein starkes, leistungsfähiges Geschlecht wieder entstehen.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Bilin. Sonntag, den 9. März, vormittags 9 Uhr, in der Volkshalle in Bilin halbjährige Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Berichte, Verabschiedung, Kaffeeveranstaltung und Allgemeines. Die Bezirkskonferenz besteht aus den Lokalrepräsentanten (Vertrauensperson, Kassier, Schriftführer und den Mitgliedern des Lokalkomitees der weiblichen Mitglieder), je einen Vertreter der Bezirksgewerkschaftskommission und des Konsumvereines Bilin und zwei Vertretern der Bezirksorganisation des sozialistischen Jugendverbandes.

Turnen und Sport.

Fußball. Prag: Samstag: Cechie Karlin gegen CHFC. — Sonntag: Slavia gegen Viktoria Zizkov, Sparta gegen Meteor Vinohrady, Meteor VII gegen Viktoria Vinohrady, Ruseltz SK gegen SK Russe, HFA. Vrsovice gegen SK. Smichow. — DFC gegen DSK. Wittkowitz.

Ehrenerklärung.

Ich erkläre hiermit, daß alle Gerüchte, welche ich über Herrn Gustav Dadel, Lagerhalter in Dohelnitz verbreitet habe, unwahr sind und von mir, jeder Grundlage entbehrend, ausgegrenzt wurden. Außerdem danke ich genanntem Herrn, daß er von einer gerichtlichen Abhandlung Abstand genommen hat und leihte ihm hiermit Abbitte.

Johann Gable, Dohelnitz, Elektrizitätswerke.

Volkswirtschaft.

Die Wirtschaftslage der Tschechoslowakei.

In nachstehender Weise bespricht im „Oesterreichischen Volkswirt“ der namhafte Wirtschaftspolitiker Dr. Gustav Stolper die wirtschaftlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei. Bemerkenswert ist die optimistische Auffassung, die in den Ausführungen des Wiener Nationalökonom zu Tage tritt.

Eine vorläufige Uebersicht über den tschechoslowakischen Außenhandel im Jahre 1923 verstärkt das erfreuliche Bild der Konsolidierung, das die sudetenländische Wirtschaft seit mehr als einem Jahre bietet. Der Anpassungsprozeß an die veränderten Existenzverhältnisse, die ihr die staatliche Neuordnung brachte, ist im wesentlichen vollzogen. Das war mit ungeheurem Kapitalverlust, mit der Vernichtung zahlloser Existenzen verbunden und die Krise, die der tschechoslowakischen Wirtschaft keineswegs erspart geblieben wäre, wurde verschärft durch eine Valutapolitik, die nicht nur an Rücksichtslosigkeit schwer zu übertreffen war, sondern — was viel schlimmer wirkte — geraume Zeit der Ziellosigkeit entbehrte. Aber seit mehr als einem Jahr haben diese Schwankungen aufgehört, über allem Wechsel der Konjunktur hat die Zahl der Arbeitslosen ständig abgenommen, die Insolvenzen sind seltener geworden, die Wirtschaft nimmt ihren normalen Gang. Das heißt natürlich nicht, daß nunmehr die tschechoslowakische Industrie in vollem Betriebe wäre. Im Gegenteil, es deutlicher es wird, daß der heutige Zustand nicht mehr ein Provisorium ist, um so deutlicher erkennt man, ein wie großer Teil der gewaltigen Industrieansammlung der Tschechoslowakei endgültig als unverwendbar und damit als wertlos anzusehen ist. Die industrielle Produktion der Sudetenländer im ganzen ist gut um ein Drittel niedriger anzunehmen als in den letzten Vorkriegsjahren und beträgt kaum mehr als die Hälfte ihrer Kapazität. Wenn trotzdem die Zahl der Arbeitslosen so gering geworden ist — es waren Mitte Jänner 57.000, also nicht viel mehr als halb so viel wie in Oesterreich —, so erklärt sich das aus zwei Umständen: mit der Einführung des Achtstundentages, der natürlich den Bedarf nach Arbeitskräften an sich erhöht hat, und mit einer Berufsumschichtung der industriellen Arbeiterschaft durch Rückkehr zur Landwirtschaft. Die Landflucht ist vorläufig für Mitteleuropa kein aktuelles Problem mehr.

Das Jahr 1923 schließt mit einer Gesamteinfuhr von 10.130 und einer Gesamtausfuhr von 12.518 Millionen Kč, also mit einem Aktivsaldo von 2389 Millionen Kč. Das ist ein beachtenswertes Ergebnis, wenn man an das bedauerliche Defizit der österreichischen Handelsbilanz denkt. Aber erstaunlich ist, wie weit die tschechoslowakische Ausfuhr die österreichische überträgt:

Table comparing trade between Czechoslovakia and Austria. Columns: Category (Einfuhr, Ausfuhr), Czechoslovakia (in millions of gold crowns), Austria (in millions of gold crowns).

Eine Ausfuhr der Tschechoslowakei von nahezu 1800 Millionen Goldkronen nimmt sich besonders respektabel aus, wenn man ihr eine Gesamtausfuhr der alten österreichisch-ungarischen Monarchie mit ihrer viermal so großen Volkszahl von bloß 28 Millionen Goldkronen gegenüberhält. Natürlich sind die beiden Ziffern nicht

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Rechenmaschinen, T. Edgar, Režanka 2a.

Verausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Rati Cermah. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlagsanstalt, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



Der lesende Arbeiter das ist der dankende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. Werdet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“

Subscription form for 'Sozialdemokrat' with fields for name, address, and subscription type (monthly, quarterly, annual).